

kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



KRISE UND BUDGET

AKTUELLES

BUCHTIPPS

VERANSTALTUNGEN

8 | Oktober 2011

Krise und Budget	
Warnung vor wirtschaftspolitischem Kollaps	4
Krisenbewältigung: Was waren die ausschlaggebenden Faktoren?	5
Finanzflüsse im Schatten	8
Grenzen der Flexibilisierung erreicht	12
Reallohnverluste zu erwarten	14
Deutliche Mehrheit für Vermögenssteuer	15
USA: Steuersenkungen führten zu mehr Ungleichheit	18
Druck aus den Systemen nehmen	19
Am Ende der Illusionen - eine Ökonomie für das 21. Jahrhundert	21
Aktuelles	
"Stille Revolutionen" im Sozialstaat	25
Kampf gegen häusliche Gewalt muss weitergeführt werden	26
Vom Überleben zum guten Leben	29
Buchtipps	30
Veranstaltungen	31

Krise in Permanenz

Viele Leute können vermutlich das Wort "Krise" schon nicht mehr hören - die Medien sind jedenfalls seit geraumer Zeit voll davon. War es vor zwei, drei Jahren noch die allgemeine Wirtschafts- und Finanzkrise, die uns in ihrem Bann hielt, ist es jetzt die so genannte Schuldenkrise, von der - folgt man den Medienberichten - zumindest für die europäische Währung, wenn nicht für die Weltwirtschaft insgesamt eine ernsthafte Gefahr ausgeht. Fieberhaft wird derzeit auf europäischer Ebene an Auswegen und Lösungsstrategien gearbeitet, ob diese letztlich zielführend sind, wird die Zukunft weisen.

Die bisherigen Bemühungen, die Krise zu meistern, waren jedenfalls nicht sonderlich erfolgreich. Man verordnete das, was im Verschuldungsfall vermeintlich naheliegend ist, nämlich Sparprogramme in den so genannten "Problemländern", allen voran Griechenland. Für Wirtschaftsexperten unter den gegebenen Bedingungen allerdings die falsche Strategie, da Sparmaßnahmen die Nachfrage und damit die Konjunktur zusätzlich dämpfen. In Kombination mit den hohen Zinsen, welche die betreffenden Länder aufgrund der erfolgten Rückstufung ihrer Bonität zu bedienen haben, führt eine Kürzung der Staatsausgaben dem WIFO-Forscher Stephan Schulmeister zufolge "direkt in einen ökonomischen Kollaps" (Der Standard, 10.08.2011). Und auch der deutsche "Wirtschaftsweisen" Peter Bofinger warnt davor, "dass wir (...) Europa langsam kaputtsparen" (derStandard.at, 18.07.2011).

Andere Lösungswege sind daher gefragt. Dabei macht es Sinn, festzuhalten, dass die gegenwärtige Krise mit der eingangs erwähnten Wirtschaftskrise 2007/2008 in Zusammenhang steht, die eine Mehrfachbelastung der staatlichen Budgets zur Folge hatte: Beträchtliche Summen wurden damals zur Rettung der Banken bereitgestellt und konjunkturstützende Maßnahmen (z.B. Abwrackprämie, Kurzarbeit) mussten ergriffen werden, um einen völligen Einbruch der Wirtschaft zu verhindern. Zudem mussten die Kosten der gestiegenen Arbeitslosigkeit finanziert werden und aufgrund der verschlechterten Wirtschaftslage konnten auch weniger Steuereinkünfte erzielt werden. Dazu ein paar Eckdaten: In Österreich war der Schuldenstand im Jahr 2007 mit 59,5 Prozent des BIP knapp unter der Maastricht-Grenze, bis 2010 stieg die Quote auf gut 70 Prozent an.

Im selben Zeitraum stieg die Staatsverschuldung im gesamten Euro-Raum von 66,2 auf 84,7 Prozent des BIP (Quelle: Eurostat Mai 2010). Also nicht etwa ein "überbordendes Sozialsystem" - wie häufig argumentiert wird - führte zum Schuldenanstieg, sondern die Krise der liberalisierten Weltwirtschaft und ihre Folgeerscheinungen.

An der wesentlichen strukturellen Ursache für die Finanzkrise, dem kaum regulierten Banken- und Finanzsystem, hat sich bis dato wenig geändert. Doch hier wäre der Hebel anzusetzen, will die Politik gegenüber den viel beschworenen "Märkten" wieder Terrain gutmachen und damit Entscheidungsmacht zurückgewinnen. Entsprechende Vorschläge liegen auf dem Tisch, diskutiert werden primär eine Erhöhung der Eigenkapitalquote der Banken, die europaweite Einführung einer Finanztransaktionssteuer und ein Verbot der Spekulation auf Staatspleiten. Mehrheitlich harren diese Entwürfe noch der Umsetzung, doch angesichts des fortgesetzten Krisenzustands scheint Bewegung in die Dinge zu kommen. So plant die EU-Kommission die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ab 2014. Und ausgerechnet Großbritannien, das sich bislang stets gegen die Regulierung des Finanzmarktes gesperrt hat, soll künftig besonders strenge Bankenregeln erhalten. Entsprechend dem Vorschlag einer Regierungskommission sollen die britischen Banken bis 2019 ihr Privatkunden- vom Investmentgeschäft trennen, d.h. jener Teil der Bank, der PrivatkundInnen bedient, haftet nicht mehr für Investmentgeschäfte. Zudem sollen die Banken ihre Eigenkapitalquote auf zehn Prozent erhöhen, mithin um drei Prozent mehr, als zuletzt von der internationalen Bankenaufsicht gefordert wurde (vgl. oe1.orf.at, 12.09.2011).

Natürlich gibt es Gegenstimmen, welche die "Freiheit des Wirtschaftens" beschwören und alle Einschränkungen strikt ablehnen. Diese Argumentationsweise erinnert allerdings ein wenig an den Slogan "Freie Fahrt für freie Bürger", der in den 1970er-Jahren von manchen auch angesichts eklatant hoher Unfallszahlen im Straßenverkehr hochgehalten wurde. Gurtpflicht und Tempolimits kamen trotzdem - und dies sicherlich nicht zum Schaden der VerkehrsteilnehmerInnen, meint

Ihre
Kontraste-Redaktion

Warnung vor wirtschafts- politischem Kollaps

Laut dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac sind die neoliberale Ausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik und die dadurch bewirkten Ungleichgewichte für die gegenwärtige Krise mitverantwortlich. Eine grundlegende Kurskorrektur wird daher als notwendig erachtet.

Die Eurokrise demonstriert Attac zufolge das Versagen des wirtschaftspolitischen Kurses der europäischen Eliten. "Wir sind Zeugen eines unwürdigen nationalistischen Taktierens. Die wahren Ursachen der Krise sind nicht Sündenböcke wie "die faulen Griechen", sondern die neoliberalen Konstruktionsfehler der EU: Deregulierte Finanzmärkte, ungleiche Vermögensverteilung, niedrige Löhne sowie Steuerwettbewerb und Steuerflucht. Da die Regierungen die wahren Ursachen völlig ignorieren, werden sie Europa wirtschaftlich weiter spalten und die politische Krise verschärfen", erklärte Alexandra Strickner, Obfrau von Attac Österreich, bei einer Pressekonferenz mit international renommierten Ökonomen, die Mitte September in Wien abgehalten wurde. Das globalisierungskritische Netzwerk Attac fordert daher eine grundlegende Kurskorrektur der europäischen Wirtschaftspolitik.

Frangakis: Die EU wird kaputtgespart

"Der Anstieg der Arbeitslosigkeit von 10 auf 17 Prozent und die dramatische Schrumpfung der griechischen Wirtschaft beweisen, dass eine noch rigorosere Sparpolitik und Privatisierungen die Krise dramatisch verschärfen. Griechenland und die EU müssen die Wirtschaft ankurbeln und nicht wie derzeit geplant weiter totsparen", erklärte die griechische Ökonomin Marica Frangakis.

"Die strukturell hohen Schulden Griechenlands sind auch durch jahrzehntelange Steuerbegünstigung und Steuerflucht der Reichen und Konzerne bedingt. Doch anstatt wirksam gegen internationale Steuerflucht vorzugehen, fordern EU und IWF vorrangig mehr Sparmaßnahmen und Privatisierungen. Und obwohl Spekulation mit Staatsanleihen hauptverantwortlich für den explosionsartigen Anstieg des Zinsniveaus und des Defizits ab 2009 sind, sitzt die Politik weiterhin wie das Kaninchen vor der Schlange Finanzmarkt," kritisiert Frangakis.



Alexandra Strickner: Gerechte Verteilung ist eine Frage der politischen und ökonomischen Vernunft. Quelle: Attac

Stockhammer: Niedrige Löhne als Mitverursacher der Krise

Eine zentrale Ursache der Eurokrise sind die zunehmenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Ländern. Das Lohndumping der "Exportweltmeister" wie Deutschland oder Österreich verursacht die hohen Leistungsbilanzdefizite Griechenlands und anderer Staaten. "Die Arbeitnehmer in Deutschland und Österreich leben seit Jahren unter ihren Verhältnissen. Die dadurch fehlende Inlandsnachfrage wird durch Exporte ersetzt. Das kann in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum nur auf Kosten der Nachbarn wie Griechenland gehen", sagte Engelbert Stockhammer, Ökonom an der Kingston University. Er fordert daher eine koordinierte europäische Lohnpolitik und kräftige Lohnsteigerungen in jenen Ländern, die in den letzten Jahren diesbezüglich zurückhaltend waren, um dort die Nachfrage zu stärken.

Plihon: Ohne soziale Kontrolle über Banken droht globaler Kollaps

"Nicht Griechenland, sondern die Kettenreaktion eines drohenden Kollaps des globalen Banken- und Finanzsystems stellt die eigentliche Gefahr für die gesamte Weltwirtschaft dar. Die Spekulation ist heute größer als 2008. Es ist nicht nur notwendig die Finanzmärkte zu regulieren, sondern die soziale Kontrolle über Banken zu gewinnen. Geld ist ein öffentliches Gut. Die notwendige Rettung und Verstaatli-

chung von weiteren Banken scheint nur eine Frage der Zeit. Sie bietet auch eine Chance für ein neues Bankensystem, in dem Entscheidungen demokratisch gefällt werden. Unter anderem müssen auch Arbeiter, Konsumenten oder lokale Verwaltungen einbezogen werden. Darüber hinaus müssen Banken zerteilt werden und der Investment- vom Geschäftsbankenbereich getrennt werden. Banken sind heute zu groß und zu mächtig und behindern jede nötige Reform," sagte Dominique Plihon.

Unmittelbar hält der an der Universität Paris Nord tätige Ökonom auch ungewöhnliche Maßnahmen für notwendig, um Staaten außerhalb von Finanzmärkten zu finanzieren: Versicherungen, Fonds und BezieherInnen von hohen Einkommen ab 100.000 Euro sollten seines Erachtens verpflichtet werden, Kredite an den Staat zu einem festen Zinssatz knapp über der Inflationsrate zu leihen. Plihon verwies darauf, dass dies etwa in Frankreich in den 1970er Jahren bereits erfolgreich praktiziert worden sei.

Strickner: Koordinierte Steuerpolitik und sozial gerechte Staatsfinanzierung nötig

"Die Abschaffung von Steuern auf Vermögen und der EU-weite Steuerwettbewerb nach unten sind ein we-

sentlicher Faktor für die chronische Unterfinanzierung der Staaten. Dem muss ein Ende gesetzt werden. Auf nationaler Ebene müssen Vermögen und Kapitaleinkommen höher besteuert und Arbeitseinkommen entlastet werden. Europaweit sollten Vermögens-, Vermögenszuwachs-, und Körperschaftssteuern koordiniert und eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Damit könnten die Schulden aller Euro-Staaten auf ein ungefährliches Niveau gesenkt werden", sagte die Obfrau von Attac Österreich, Alexandra Strickner.

Da die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung eine der wesentlichen Gründe für Spekulationsblasen und instabile Finanzmärkte sei, sei eine gerechte Verteilung eine Frage der politischen und ökonomischen Vernunft. Die größten und extrem konzentrierten Privatvermögen Europas seien größer als vor der Krise und betrügen ein Fünffaches der Staatsschulden. „Werden sie nicht an einer Krisenlösung beteiligt, ist es wahrscheinlich, dass sie in Folge von Staatsbankrotten und den dadurch ausgelösten Kettenreaktionen viel größere Teile verlieren," so die Ökonomin abschließend.

Quelle: Attac-Pressemitteilung, 16.09.2011

Krisenbewältigung: Was waren die ausschlaggebenden Faktoren?

In einer retrospektiven Analyse konnte das WIFO Faktoren identifizieren, die mit dafür maßgebend waren, wie schwer die Wirtschaft eines Landes von der Finanzmarktkrise 2008/2009 betroffen war: Länder mit hohem Außenhandelsdefizit, starkem Kreditwachstum und einem dynamischen Aufholprozess vor der Krise verzeichneten einen deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung. Dagegen haben sozialpolitische Maßnahmen das BIP und die Beschäftigung während der Krisenperiode merklich stabilisiert.

Für eine erste Analyse der Entwicklung der Wirtschaftsleistung von 37 OECD- und asiatischen Län-

dern in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise wurden vom WIFO vier Indikatoren gegenübergestellt, die vier verschiedene Sichtweisen repräsentieren:

- der Rückgang der Wirtschaftsleistung (reales BIP) im Jahr 2009,
- die Entwicklung der Wirtschaftsleistung über die Dreijahresperiode 2008 bis 2010, um den Beginn der Krise und das erste Erholungsjahr mit einzu-beziehen,
- der Rückgang in den saisonbereinigten Quartalsdaten vom Vorkrisenhöhepunkt zum Tiefpunkt, um die unterjährige Entwicklung und die Steilheit der Krise zu messen,
- der Unterschied zwischen der Wirtschaftsentwicklung in den drei Krisenjahren und dem Wachstum seit 2000, um zu zeigen, wie stark sich die Dynamik verringert hat.

In Europa bewältigten die Schweiz, Norwegen und Polen die Krisensituation am besten. Österreich liegt nach der Gesamteinschätzung durch alle vier Indika-

toren unter den 37 untersuchten Ländern an 14. Stelle. Innerhalb der EU ist das ein Rang unter den Top 5, nahezu gleichauf mit Frankreich und Belgien und knapp vor den Niederlanden. Portugal hatte zunächst auch eine milde Krise, fällt aber 2010/11 deutlich zurück. Die vier Indikatoren ergeben für Österreich eine ähnliche Position an der Spitze des zweiten Drittels der Länder: Die Wirtschaftsleistung sank 2009 um 3,9 Prozent, in der Dreijahresperiode ergaben sich per Saldo keine Einbußen, weil der Rückgang 2009 durch das Wachstum danach kompensiert werden konnte. Die Wirtschaftsleistung schrumpfte zwischen dem II. Quartal 2008 (Höhepunkt) und dem II. Quartal 2009 (Tiefpunkt) um 4,6 Prozent, und das durchschnittliche Wachstum verlangsamte sich von +2,2 Prozent jährlich in der Periode 2001/2007 auf +0,1 Prozent jährlich von 2008 bis 2010.

Die Wirtschaft der EU als Ganzes schnitt nach allen Indikatoren schlechter ab als jene der USA. Die Vereinigten Staaten, von denen die Krise ausgegangen war, verzeichneten 2009 gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 2,7 Prozent (EU -4,2%), vom Höhepunkt zum Tiefpunkt von 3,8 Prozent (EU -5,2%). 2010 war das BIP gleich hoch wie 2007, in der EU hingegen um 2 Prozent niedriger. Der Trendverlust betrug 2,4 Prozent in den USA und 2,8 Prozent in der EU.

Beste Gesamtentwicklung in Asien

Die Rangordnung nach den 4 Indikatoren wurde nicht durch Addition gewonnen, sondern durch eine Methode, die zusätzliche Informationen nutzt und gleich lautenden Informationen ein geringeres Gewicht gibt. Die beste Gesamtentwicklung zeigt der Indikator für China, Indien, Australien und Korea, somit durchwegs für Länder im asiatischen Wirtschaftsraum. Chinas Wirtschaft wuchs in den Jahren 2008/2010 im Durchschnitt um 9,6 Prozent p.a., das Trendwachstum verlangsamte sich nur unwesentlich. Indien verzeichnete in den Krisenjahren ein etwas geringeres Wachstum und einen noch geringeren Einfluss der Krise. In Polen als einzigem europäischen Land unter den Top 5 der untersuchten Länder wuchs die Wirtschaft auch 2009; in der Dreijahresperiode 2008/2010 ergab sich eine durchschnittliche Rate von +3,5 Prozent. Die Schweiz erreichte das zweitbeste Ergebnis unter den europäischen Ländern (Rang 6 insgesamt), hatte allerdings vor der Krise ein geringeres Wachstum verzeichnet.

Am stärksten brach das Wachstum in Rumänien, Ungarn und Slowenien ein, also drei neuen EU-Ländern,

deren Wirtschaft seit 2000 relativ rasch expandiert hatte. Besonders betroffen waren mit Island und Irland auch zwei Länder mit bisher überdurchschnittlichem Pro-Kopf-Einkommen. Auch Finnland und Japan wurden wegen des hohen Industrieanteils ihrer Wirtschaft von der Krise stark in Mitleidenschaft gezogen. Eine endgültige Bilanz der weltweiten Wirtschaftskrise kann noch nicht gezogen werden, da für Portugal und Griechenland auch noch 2011 ein Rückgang der Wirtschaftsleistung prognostiziert wird.

Auch 2011 wird für die EU mit +1,7 Prozent ein niedrigeres Wachstum angenommen als für die USA und vor allem die asiatischen Länder. Neuerlich wird die Wirtschaft in China, Indien und Korea, die in der Krise zu den Top 5 gehörten, am stärksten expandieren. Für die Türkei wird (wie schon 2010) die dritthöchste Wachstumsrate prognostiziert. Eine Rate über 3 Prozent wird auch für die EU-Länder Estland, Lettland, Polen und Schweden erwartet. Österreich liegt unter den 37 Ländern 2011 mit +2,2 Prozent in der Mitte, allerdings über dem EU-Durchschnitt.

Kein maßgeblicher Einfluss der budgetären Situation

Nur teilweise erklärt die spezielle Ausgangslage, wie gut die Wirtschaft eines Landes die Krise bewältigt hat. Budgetsituation und Staatsverschuldung vor dem Abschwung hatten entgegen den Erwartungen keinen Einfluss auf die Stärke der Krise in den einzelnen Ländern. Auch Strukturindikatoren wie die Größe der Industrie und des Finanzsektors, der Staatsanteil und die Offenheit der Wirtschaft können die unterschiedliche Betroffenheit nicht erklären. Jedenfalls wurde die Wirtschaft eines Landes wesentlich schwächer in Mitleidenschaft gezogen, wenn es vor der Krise einen Außenhandelsüberschuss aufgewiesen hatte und wenn das Kreditwachstum international unterdurchschnittlich gewesen war. Dagegen waren europäische Länder mit besonders hohem Wachstum vor der Krise überdurchschnittlich betroffen. Die Entwicklung in der Krise hing auch stark vom Volumen der Konjunkturpakete ab (s.u.).

Eine exakte Vorhersage der Entwicklung in künftigen Krisenphasen kann laut WIFO-Direktor *Karl Aiginger* anhand der vorliegenden Evidenz nicht erwartet werden: Die Ergebnisse sind vorläufig, weil wichtige Krisenfolgen weiterwirken. Auch beziehen sich die Erfahrungen auf eine einzige Wirtschaftskrise - wenn auch in 37 Ländern. Die Kombination von Außenhandelsdefizit, hohem Kreditwachstum und überdurchschnittlichem Wirtschaftswachstum wie z.B. in einem raschen Aufholprozess scheint aber eine Konstellation

Krise und Erholung in 37 Ländern

Land	Vä. des realen BIP in % 2008/2010 p.a.	Vä. 2008/2010 ggü. 2001/2007 in Prozentpunkten	Rang in der Krise (geringste Betroffenheit*)	Vä. des realen BIP in % Erholungsphase 2010/11
<i>Geringste Betroffenheit</i>				
China	+9,6	-1,2	1	+9,6
Indien	+7,6	+0,2	2	+8,5
Polen	+3,4	-0,6	3	+3,7
Australien	+2,4	-1,1	4	+3,4
Korea	+2,8	-1,8	5	+5,3
<i>Stärkste Betroffenheit</i>				
Slowenien	-1,2	-5,7	33	+1,5
Irland	-3,8	-9,3	34	+0,4
Litauen	-4,1	-12,2	35	+1,6
Estland	-5,8	-13,9	36	+3,4
Lettland	-7,9	-16,9	37	+1,4
<i>Zum Vergleich</i>				
USA	0,0	-2,4	10	+2,4
Österreich	+0,1	-2,1	14	+2,1
EU 27	-0,7	-2,8	(19)**	+1,8

* Aufgrund der 4 im Text genannten Indikatoren; ** Hypothetischer Rang (nicht als Land gewertet)

Quellen: Eurostat, WIFO

tion zu sein, die eine besondere Anfälligkeit gegenüber einer weltweiten Wirtschaftskrise bedeuten könnte.

Stabilisierende Wirkung der Sozialpolitik

In einer weiteren Studie wies das WIFO nach, dass sozialpolitische Maßnahmen und die Sozialsysteme der EU-Länder in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise das BIP und die Beschäftigung in der EU merklich stabilisiert haben. Die automatischen Stabilisatoren waren dabei dem Volumen nach besonders wichtig. Diskretionäre sozialpolitische Maßnahmen zur Stabilisierung hatten positive, aber verhaltene Effekte. Die schwer zu quantifizierenden erwartungsstabilisierenden Wirkungen des Sozialstaates dürften nach Einschätzung der WIFO-Forscher Thomas Leoni und Markus Marterbauer ebenfalls eine bedeutende Rolle gespielt haben.

Der große Vorteil der automatischen Stabilisatoren, also der automatischen Reaktion des Abgaben- und Transfersystems auf Konjunkturschwankungen, besteht in ihrer unmittelbaren Wirksamkeit. Im Bereich der Sozialausgaben ist die Arbeitslosenunterstützung die wichtigste Komponente, ebenso weisen die Ausgaben für Pensionen und Gesundheit automatische Stabilisierungswirkung auf. Das Abgabensystem wirkt umso stärker stabilisierend, je höher sein Progressionsgrad ist. Innerhalb der EU unterscheiden sich die

automatischen Stabilisierungswirkungen des Sozialstaates dementsprechend erheblich: Sie sind in Dänemark besonders groß vor Belgien, Deutschland, Schweden und Österreich. In Süd- und Osteuropa sind sie hingegen relativ gering.

Diskretionäre sozialpolitische Maßnahmen umfassen alle aktiven Maßnahmen, die das Einkommen und die Beschäftigungssituation der Bevölkerung bzw. bestimmter Bevölkerungsgruppen verbessern sollen. Sie erreichten 2009 und 2010 in der EU ein Volumen von rund 1,1 Prozent des BIP und bestanden überwiegend in der Senkung der Abgabenbelastung der privaten Haushalte. Nur Dänemark, Schweden, Belgien, Portugal und Spanien setzten diskretionäre Maßnahmen im Bereich der Sozialausgaben, deren Volumen größer als 0,5 Prozent des BIP war. Diese Maßnahmen erhöhten sowohl das BIP im Inland als auch jenes der Handelspartner. In Österreich bewirkten die eigenen diskretionären Maßnahmen einen BIP-Effekt von etwa +1 Prozent, die diskretionäre Sozialpolitik anderer EU-Länder von +0,5 Prozent (gegenüber einer Basislösung ohne diskretionäre sozialpolitische Maßnahmen). Für den Euro-Raum ergibt sich auf Basis von Modellberechnungen ein Anstieg des BIP um 0,9 Prozent. In der EU wurden durch diskretionäre sozialpolitische Maßnahmen zur Konjunkturstützung etwa 330.000 Arbeitsplätze geschaffen. Die Wirkung besonders effizienter beschäftigungspolitischer Maß-

nahmen wie etwa der Arbeitszeitverkürzung durch die Einführung der Kurzarbeit wird durch die Modellsimulationen jedoch nicht vollständig abgebildet. Allein in Deutschland waren zum Höhepunkt im Frühjahr 2009 mehr als 1,5 Mio. Beschäftigte in Kurzarbeit.

Die positiven Effekte der diskretionären Sozialpolitik wären nach Ansicht der beiden WIFO-Forscher bei einer Verbesserung der Koordination zwischen den EU-Ländern und einer stärkeren Konzentration auf die temporäre Ausweitung von Transfers an private Haushalte mit hoher Konsumneigung und auf die direkte Beschäftigungsförderung höher.

Diskretionäre Sozialpolitik könnte ihres Erachtens zum Teil automatisiert werden, indem die Mittelvergabe in bestimmten Bereichen an die Entwicklung von relevanten ökonomischen Indikatoren gebunden wird. Ein Präzedenzfall ist hier Dänemark: Bei einem Anstieg der Arbeitslosenquote werden automatisch die Mittel für Trainings- und Qualifizierungsmaßnahmen aufgestockt.

Der Sozialstaat entfaltet auch dadurch antizyklische Wirkung, dass er die Erwartungen der privaten Haushalte stabilisiert. Diese expansiven Effekte sind laut WIFO empirisch schwierig zu quantifizieren, dürften allerdings ähnlich hoch sein wie jene der in

der jüngsten Krise implementierten diskretionären Maßnahmen.

Quellen: WIFO-Presseinformationen, 09.02.2011, 05.04.2011

Literaturhinweise

Aiginger, K., "Why Performance Differed Across Countries in the Recent Crisis. How Country Performance in the Recent Crisis Depended on Pre-crisis Conditions", WIFO Working Paper, 2011, (387), http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&tid=41203&typeid=8&display_mode=2.

Aiginger, K., "The Great Recession versus the Great Depression: Stylized Facts on Siblings That Were Given Different Foster Parents", Economics: E-Journal, 2010, (2010-18), <http://www.economics-ejournal.org/economics/journalarticles/2010-18>.

Werner Eichhorst, Mathias Dolls, Paul Marx, Andreas Peichl (IZA), Stefan Ederer, Thomas Leoni, Markus Marterbauer, Lukas Tockner (WIFO), Gaetano Basso (FRDB), Maarten Gerard, Ingrid Vanhoren (Idea Consult), Connie Nielsen (NIRAS), The Role of the Social Protection as Economic Stabiliser. Lessons from the Current Crisis. Studie im Auftrag des Europäischen Parlaments, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/41362>

WIFO-Monatsbericht 3/2011, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/41406>

Finanzflüsse im Schatten

Das Netzwerk Steuergerechtigkeit hat nun bereits zum zweiten Mal eine Liste mit den größten Steueroasen erstellt. Die Schweiz ist Nummer eins, Österreich liegt auf Platz 17 der 73 intransparentesten Finanzplätze der Welt.

Der *Schattenfinanzindex* bzw. *Financial Secrecy Index 2011 (FSI)* benennt und bewertet die Schattenfinanzzentren der Welt nach dem Grad ihrer Geheimhaltung und ihrem Anteil am Weltmarkt für Finanzdienstleistungen. Er dient als Werkzeug zum besseren Verständnis der Welt der globalen Finanzflüsse, der Korruption und illegalen Finanztransaktionen. Indem er zeigt, dass Schattenfinanzzentren nicht nur in der Karibik, sondern auch mitten in Europa liegen, rückt er, so der Informationsbrief des Netzwerks Steuergerechtigkeit Deutschland in seiner Oktoberausgabe, die zentrale Verantwortung der Industrieländer für Kapi-

talflucht und Steuervermeidung in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Der Index wurde vom Netzwerk Steuergerechtigkeit (Tax Justice Network; siehe Kasten S. 10) erstmals 2009 veröffentlicht. Mit dem Schattenfinanzindex 2011 liegt nun die zweite, vollständig überarbeitete und aktualisierte Version vor.

Illegitime Finanzflüsse in gewaltigem Ausmaß

Die Stolen Asset Recovery Initiative der Weltbank schätzt, dass zwischen 1 und 1,6 Billionen US-Dollar jährlich illegitimerweise über Grenzen hinweg verschoben werden. Davon kommt die Hälfte aus Entwicklungs- und Schwellenländern. Andere Schätzungen kommen auf einen Abfluss von 800 Milliarden bis zu 1,26 Billionen US-Dollar aus Entwicklungsländern allein. Das Tax Justice Network nimmt an, dass jedes Jahr weltweit ungefähr 250 Mrd. US-Dollar an Steuereinnahmen verloren gehen – und das nur, weil reiche Privatleute Vermögen ins Ausland transferieren. Diese Summe entspricht in etwa dem Doppelten der Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit weltweit. Doch nicht nur Entwicklungsländer

sind betroffen. Auch die öffentlichen Haushalte von Ländern wie Griechenland, Italien und Portugal leiden unter Steuerhinterziehung und Geheimhaltung.

Diese gewaltigen Summen kommen nur zustande, weil es eine regelrechte Industrie an Finanzdienstleistern gibt, die – für in der Regel im Ausland ansässige Personen und Unternehmen – Geheimhaltungspraktiken und Steuererleichterungen bereitstellt. Diese Finanzdienstleister konzentrieren sich in so genannten „Schattenfinanzzentren“ bzw. „Steuroasen“, weil hier die nötigen rechtlichen Rahmenbedingungen gegeben sind. Das Problem macht dem Tax Justice Network zufolge allerdings nicht bei den entgangenen Steuereinnahmen halt: Die übertriebene Geheimhaltung störe Handels- und Investitionsflüsse und schaffe sichere Schlupflöcher für Kapital- und Steuervergehen.

Schattenfinanzzentren nicht nur an der Peripherie

Schattenfinanzzentren, viele davon in den Industrieländern, schaffen durch politische Entscheidungen den Rahmen für Geschäftspraktiken von Banken und Finanzdienstleistern, die es Personen und Unternehmen ermöglichen, Gesetze und Regeln in anderen Staaten zu unterlaufen. Das Hauptinstrument zur Begünstigung von Kapital- und Steuerflucht ist dabei die Geheimhaltung.

Geheimhaltung ist etwas anderes als der legitime Anspruch auf Vertraulichkeit, betont das Netzwerk Steuergerechtigkeit. Es gehe nicht darum, dass Banken die Kontendetails ihrer Kunden der Öffentlichkeit zugänglich machen – genauso wenig wie ein Arzt seine Krankenakten ins Internet stellt. Geheimhaltung beginne dort, wo sich Banken und Finanzdienstleister weigern oder nicht verpflichtet sind, den Behörden notwendige Informationen bereitzustellen – so wie beispielsweise Gesundheitsbehörden ein Recht darauf haben, dass ihnen spezielle Krankheiten gemeldet werden.

Finanzielle Geheimhaltung gibt es dem Netzwerk zufolge grosso modo in drei Formen:

- In Form des Bankgeheimnisses, wie es in Österreich, Luxemburg oder der Schweiz existiert;
- In Form von Gesellschaftsformen wie Trusts, Treuhandschaften oder Stiftungen, deren Eigentümerstrukturen geheim bleiben;
- In Form von Kooperationsverweigerung seitens der Behörden eines Schattenfinanzzentrums.

Der Schattenfinanzindex FSI 2011 deckt 73 Länder und Gebiete ab. Dazu gehören die 60 bereits 2009 im FSI bewerteten plus 13 neu hinzugekommene Regionen. Darunter befinden sich alle Länder, die zu den Top 20 der globalen Finanzdienstleistungszentren gehören (Dänemark, Deutschland, Frankreich, Indien, Italien, Japan, Kanada, Korea und Spanien) sowie weitere, als Schattenfinanzzentren klassifizierte Länder (Botswana, Ghana, Guatemala und San Marino).

Beinahe die Hälfte der Top 20 des FSI sind Mitglieder der Europäischen Union (Luxemburg, Deutschland, das Vereinigte Königreich, Belgien, Österreich und Zypern) oder von einem Mitglied abhängige Gebiete (die Cayman Islands, Jersey und die Britischen Jungferninseln; vgl. Tabelle S. 11). Insofern trage auch die EU einen maßgeblichen Teil der Verantwortung dafür, das Problem der Schattenfinanzzentren zu lösen, befindet das Steuergerechtigkeits-Netzwerk.

Es weist mit Nachdruck darauf hin, dass die Schattenfinanzzentren nicht etwa die Peripherie des globalen Finanzsystems bilden würden, sondern vielmehr dessen Zentrum darstellen. Denn die Top 12 des FSI vereinen einen Anteil von 80 Prozent des Weltmarkts für Finanzdienstleistungen auf sich. Mehr als die Hälfte aller Bankvermögen und -verbindlichkeiten werden über Schattenfinanzzentren abgewickelt. Hinzu kommt ein Anteil von über 50 Prozent am Welthandel, der zumindest auf dem Papier hier stattfindet. Für das Netzwerk ist es insofern evident, dass Schattenfinanzzentren eine zentrale Rolle im Zustandekommen der aktuellen Finanzkrise spielen. „Schattenfinanzzentren sind nicht nur mitverantwortlich für die Finanzkrise, sondern spielen auch eine wichtige Rolle beim Zustandekommen der Eurokrise“, befindet Index-Coautor *Markus Meinzer* gegenüber dem Standard.

Seit 2009 erfolgte Änderungen

Die OECD hat 2009, am Höhepunkt der Krise, eine aufsehenerregende Initiative gestartet: Auf Druck der G-20-Länder erstellte sie eine schwarze und – in weniger schlimmen Fällen – eine graue Liste unkooperativer Steuroasen. Wer von der Liste wollte, musste mindestens zwölf spezielle Abkommen über den Austausch von Steuerinformationen unterzeichnen. Seit 2009 wurden 600 derartige *Tax Information Exchange Agreements (TIEA)* nach dem Standard der OECD abgeschlossen. Damit qualifizierten sich die allermeisten Staaten, darunter auch Österreich, für die so genannte „weiße Liste“ der OECD und vermarkten das als kooperatives, respektables und transparentes Verhalten.

Der OECD-Standard – und damit auch die weiße Liste – sei jedoch „von erschreckender Wirkungslosigkeit“, kritisiert das Steuergerechtigkeits-Netzwerk. Die OECD wollte mit den Verträgen die gegenseitige Abfrage von Steuerbehörden erleichtern. Ein Verdachtsfall, und nicht erst konkrete Ermittlungen, sollte genügen, um Informationspflichten der Staaten auszulösen. „Doch diese Anforderung ist immer noch viel zu hoch: Meistens gelangt ein Land gar nicht an genügend Informationen für einen Verdachtsfall. Die Zahl der tatsächlich gestellten Anfragen ist minimal“, berichtet Netzwerk-Vertreter *John Christensen*.

Zudem würden viele Schattenfinanzzentren gleichzeitig eine gegenläufige Politik verfolgen. Das Netzwerk nennt einige Beispiele hierfür:

- Die Kanalinseln Jersey und Guernsey erlauben nun die Einrichtung von Stiftungen ähnlich dem Liechtensteiner Modell.
- Die Schweiz versucht, Bemühungen zur Einführung eines automatischen Informationsaustauschs auf europäischer Ebene durch separate

Abgeltungssteuerabkommen mit Deutschland und Großbritannien zu umgehen – auch wenn diese Bemühungen zumindest in Deutschland auf erheblichen Widerstand stoßen.

- Hongkong und Singapur ersetzen zunehmend die Rolle traditioneller europäischer Schattenfinanzzentren als Anlageziel für illegale Finanzflüsse aus Entwicklungsländern.

Bei der OECD widerspricht man der Darstellung des Tax Justice Network nur teilweise: Zwar sei die Zahl der Anfragen auf Informationsaustausch in der Tat sehr gering, konzediert der oberste Steuerfachmann der Organisation, *Jeffrey Owens*, im Gespräch mit dem Standard. „Aber die Initiative hat eine gewaltige Präventivwirkung entfaltet. Viele Steuersünder wissen, dass sie nicht unbehelligt bleiben werden.“ Laut Owens nimmt allein Deutschland seit dem Start der Initiative 2009 vier Milliarden Euro pro Jahr mehr an Steuern ein.

Er sieht zwei Schwächen im neuen System: Nicht selten hätten zwei Steueroasen, wie etwa Panama und Monaco, einfach gegenseitig Abkommen über den Info-Austausch unterzeichnet, um sich wechselseitig reinzuwaschen. Zudem profitierten Entwicklungsländer kaum von den bisherigen Initiativen. Nach Schätzungen der OECD entgehen derzeit Entwicklungsländern 190 Milliarden Euro jährlich an Steuereinnahmen. Das Tax Justice Network fordert daher einen automatischen Austausch von Steuerinformationen – und nicht wie derzeit erst auf Abfrage. Ansatzweise gibt es so ein System bereits in der EU – nur Österreich und Luxemburg verweigern sich diesem, was Wien regelmäßig Kritik einbringt.

Dem Netzwerk zufolge hat es seit 2009 allerdings auch einige positive Entwicklungen gegeben: So wurden in den USA mit der Verabschiedung des so genannten *Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act* erste Schritte hin zu mehr Transparenz zumindest im Rohstoffsektor gemacht. Die Schweiz musste Zugeständnisse in Bezug auf ihr Bankgeheimnis machen – auch wenn diese erst unter großem Druck aus den USA zustande kamen. Belgien, Guernsey und die Isle of Man sind der EU-Zinssteuerrichtlinie und dem mit ihr verbundenen automatischen Informationsaustausch beigetreten und haben entsprechend ihr Ranking im FSI 2011 deutlich verbessert. Schließlich habe sich auch einiges in der öffentlichen Wahrnehmung des Problems getan. So würden etwa die Kürzungen in öffentlichen Haushalten infolge der Finanzkrise immer stärker mit den ausbleibenden Steuereinnahmen und der Rolle der

Netzwerk für Transparenz und faire Spielregeln im Steuerbereich

Das Netzwerk Steuergerechtigkeit (Tax Justice Network) setzt sich für Transparenz auf den internationalen Finanzmärkten ein und lehnt Geheimhaltungspraktiken ab. Die Organisation unterstützt faire Spielregeln im Steuerbereich und stellt sich gegen Schlupflöcher und Verzerrungen bei Besteuerung und Regulierung und gegen den Missbrauch, der aus diesen folgt. Sie fördert die Einhaltung von Steuergesetzen (Tax Compliance) und lehnt laut Eigendefinition Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und all jene Mechanismen ab, die es Vermögenseigentümern und -verwalterInnen ermöglichen, sich aus der Verantwortung gegenüber den Gesellschaften zu nehmen, von denen sie und ihr Wohlstand abhängen. Zentrales Anliegen ist die Ablehnung von Steuer- bzw. Verdunkelungsoasen.

Neben der Webseite <http://taxjustice.net> betreibt TJN den deutschsprachigen Blog Steuergerechtigkeit mit aktuellen Informationen zu Themen der Steuerpolitik: <http://stueuergerechtigkeit.blogspot.com/>

Schattenfinanzzentren in Verbindung gebracht.

Methodische Vorgehensweise

Der Schattenfinanzindex nutzt eine Kombination aus qualitativen und quantitativen Daten, um den Beitrag eines Gebiets bzw. Landes zum globalen Problem der Schattenfinanzwirtschaft darzustellen. Aus den qualitativen Daten wird der sog. *Geheimhaltungswert* erstellt. Er berücksichtigt Gesetze, Regulierungen und internationale Abkommen. Schattenfinanzzentren mit höheren Werten sind intransparenter, geben weniger Informationen über ihre Kunden preis und tauschen weniger Informationen mit Behörden anderer Länder aus. Außerdem verfügen sie über weniger wirksame Mechanismen zur Bekämpfung von Geldwäsche. Damit sind sie für die Anlage und Schleusung illegaler Finanzflüsse attraktiver.

Die quantitativen Daten werden genutzt, um die Ergebnisse des Geheimhaltungswerts zu gewichten. Es wird dazu der Anteil des Gebietes/Landes am Markt für Finanzdienstleistungen für Gebietsfremde herangezogen. Entsprechend kann ein Land, das einen großen Anteil am Markt mit Finanzdienstleistungen hat und dazu über Mechanismen der Geheimhaltung wie ein Bankgeheimnis verfügt, weit oben auf der Liste erscheinen.

Die Berechnung des FSI hat sich 2011 gegenüber 2009 deutlich geändert. Der Rang eines Landes/Gebietes ergibt sich aus der Kombination des Geheimhaltungswerts mit dem Gewicht am globalen Markt mit Finanzdienstleistungen. Der FSI 2011 misst dem Geheimhaltungswert im Vergleich zu 2009 deutlich mehr Gewicht bei. Das hat dazu geführt, dass große Finanzplätze im Ranking abgerutscht sind, während solche mit höherer Geheimhaltung im Vergleich gestiegen sind.

Österreich und Deutschland unter den Top 20

Beim aktuellen Ranking belegt Österreich den 17. Platz. Österreich wird vom Tax Justice Network als "Verdunklungs-oase" bezeichnet. Das Bankgeheimnis

Der Schattenfinanzindex 2011 – Top 20

Rang	Gebiet/Land	FSI-Wert
1	Schweiz	1879,2
2	Cayman Islands	1646,7
3	Luxemburg	1621,2
4	Hongkong	1370,7
5	USA	1160,1
6	Singapur	1118,0
7	Jersey	750,1
8	Japan	693,6
9	Deutschland	669,8
10	Bahrain	660,3
11	Brit. Jungferninseln	617,9
12	Bermuda	539,9
13	Vereinigtes Königreich	516,5
14	Panama	471,5
15	Belgien	467,2
16	Marshall Inseln	457,0
17	Österreich	453,5
18	VAE (Dubai)	439,6
19	Bahamas	431,1
20	Zypern	406,5

Quelle: Info Steuergerechtigkeit 5/2011

und die oben angesprochene Blockade des automatischen Informationsaustausches über Zinserträge in der EU führen zu der schlechten Platzierung. Neben diesen Faktoren kritisiert die Organisation die zum Teil schwachen Offenlegungspflichten in Österreich.

Auf Platz 1 der 73 Länder umfassenden, wenig schmeichelhaften Liste 2011 befindet sich die Schweiz, gefolgt von den Cayman Islands und Luxemburg (vgl. Tabelle). Auf Platz neun liegt Deutschland. Das mag überraschen, weil es normalerweise nicht als Steueroase oder Schattenfinanzzentrum betrachtet wird. Die Analysen des Netzwerks zeigen jedoch, dass Deutschland ein wichtiger Spieler im globalen Netz aus Geheimhaltung und Intransparenz ist. Zunächst einmal ist Deutschland ein wichtiger Finanzplatz. Hier werden beinahe fünf Prozent der globalen grenzüberschreitenden Finanzdienstleistungen erbracht. Die *Financial Action Task Force (FATF)* schätzt, dass im Ausland Ansässige bis zu 1,3 Billionen Euro in Deutschland angelegt haben. Einer Statistik des Internationalen Währungsfonds zufolge liegen die deutschen Banken weltweit auf Rang 2 bei grenzüberschreitenden Aktiva und Verbindlichkeiten. Sie werden dabei nur von Luxemburg übertroffen.

Kritisiert werden weiters – ähnlich wie bei Österreich – schwache Offenlegungspflichten für die wirtschaftlichen Eigentümer von Unternehmen und treuhänderisch verwalteten Vermögen. Außerdem gewähre Deutschland weitreichende Steuervergünstigungen für im Ausland Ansässige, vor allem aus Entwicklungsländern. Dies habe – in Kombination mit den vorhandenen Möglichkeiten zur Geheimhaltung – zum Fluss großer Summen nach Deutschland geführt. Die derzeit eingefrorenen Milliarden arabischer Despoten würden hier gewissermaßen „nur die Spitze des Eisbergs“ darstellen. Die durch den Föderalismus aufgesplitterte Steuerverwaltung verschlechtert das Ranking Deutschlands weiter. Diese zeichne sich durch mangelnde Kooperation und Koordination aus

und sei zudem noch chronisch unterbesetzt. Beim Geheimhaltungswert liegt Deutschland zwar – in etwa gleichauf mit den USA – in der unteren Hälfte des Spektrums, es gebe aber „noch viel Luft für Verbesserungen“, meint das Netzwerk Steuergerechtigkeit.

Quellen: Info Steuergerechtigkeit, Oktober 2011; Wenig Transparenz am Finanzplatz Österreich, der-Standard.at, 04.10.2011; Andreas Szigetvari: Österreich unter Top-Steuroasen, Der Standard, 05.10.2011.

Nähere Informationen zum Steuergerechtigkeitsindex in englischer Sprache findet man unter: www.financialsecrecyindex.com

Grenzen der Flexibilisierung erreicht

Mitbestimmung ist auch in einer globalisierten Wirtschaft notwendig, um der zunehmenden Polarisierung in der Gesellschaft entgegenzuwirken, so der Tenor einer Veranstaltung der Arbeiterkammer Niederösterreich.

„Wo der Wille zur Gerechtigkeit fehlt, bricht eine Gesellschaft auseinander“, warnte der deutsche Sozialphilosoph *Oskar Negt* beim AKNÖ-Dialogforum in Hirschwang an der Rax vor einem Abbröckeln des Sozialstaates als Folge der ökonomischen Krise. Wenn die Konjunktur wieder anspringt, wird es trotzdem nicht so sein wie vor der Krise, sagte Negt vor einem Forum von ArbeitnehmerInnen-Vertretern, darunter zahlreichen Betriebsräten aus Niederösterreich. Negt sieht nicht nur eine ökonomische Krise, sondern eine „kulturelle Erosionskrise, in der auch früher hochgehaltene Werte verloren gehen“. Die Krise reiße Errungenschaften des Sozialstaates mit sich. Eine Folge der neoliberalen Jahre seien unter anderem zerstörte sozialstaatliche Bindungen, aber auch oft generationenlange Bindungen an Unternehmen.

Demokratischer Souverän entmündigt

Griechenland nehme gegenwärtig aufgrund der zuge-spitzten Situation eine (negative) Vorreiterrolle ein: „Rettungspakete“ auf der einen Seite, die Wut der Bevölkerung gegen angedrohte Belastungen auf der an-

deren Seite. Die Regierung muss wählen: Pleite und möglicherweise noch größeres Chaos oder noch größere und eventuell gewalttätige Proteste der eigenen Bevölkerung. Diese hat das Gefühl, dass die aktuelle Politik nur den Banken dient, bei denen ihre Regierung verschuldet ist. Nicht unberechtigt, meint der deutsche Sozialphilosoph: „Rettungsschirme sichern in erster Linie ihre Forderungen. In Griechenland, Irland und Portugal ist der demokratische Souverän entmündigt, dort bestimmen der Europäische Sicherungsfonds, die EU-Kommission, die Zentralbank und der Internationale Währungsfonds über die Geschwindigkeit, mit der soziale Leistungen abgebaut und öffentliches Eigentum privatisiert wird. Diese Praxis muss jede demokratische Glaubwürdigkeit zerfressen“. Gleichzeitig fühlen sich auch Deutsche und ÖsterreicherInnen entmündigt: Sie haben das Gefühl, man helfe mit ihrem Steuergeld den vermeintlich faulen GriechInnen. Negt: „Man muss sich die Frage stellen, wie eine demokratische Gesellschaft aussehen kann, über deren Einrichtungen eine bestimmende Gewalt steht, die von jeder demokratischen Kontrolle befreit ist. Die Menschen haben das Gefühl, es besteht gesetzliches Unrecht. Man muss die Gesetze überprüfen, ob der Wille zur Gerechtigkeit umgesetzt ist.“

Dreiteilung der Gesellschaft

Dass etwa 40 Prozent der Deutschen das Vertrauen in die Demokratie verloren haben, überrascht den Sozialphilosophen nicht: „Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten gelernt, immer mehr in Begriffen der

Wirtschaft und der Wirtschaftlichkeit zu denken.“ Der Sozialstaat wurde abgebaut, MitarbeiterInnen wurden wichtige Möglichkeiten genommen, im Betrieb mitzugestalten. Die Politik unterwarf sich den Forderungen großer Wirtschaftstreibender, deren Credo lautet: Weniger Staat, mehr privat, in Verbindung mit einer Gläubigkeit an die Selbstregulierungskraft der Märkte.

Das führte nach Ansicht Negts zu dem, was er als „Drittel-Gesellschaft“ bezeichnet: „Es gibt eine Art von Dreiteilung der Gesellschaft: Ein Drittel ist etabliert. Ein Drittel ist in einer prekären Zwischenwelt, hüpfert von Vertrag zu Vertrag, von Scheinselbstständigkeit zu Projekt. Die dritte Gruppe ist die Armee der dauerhaft Überflüssigen – das sind die Menschen, die eigentlich nicht mehr gebraucht werden.“

Der Sozialphilosoph sieht somit auch eine fortschreitende Polarisierung und „neue Schichtenbildung“ in der Gesellschaft als Folge der neoliberalen Jahre. Nicht nur der Gegensatz zwischen Arm und Reich wird größer, auch die Polarisierung zwischen den Zentren mit immer besserer Infrastruktur und der Peripherie, die langsam „verödet“, geht zu Lasten großer Bevölkerungsteile.

Mehr Mitbestimmung

Aus seiner Sicht gefährdet das direkt die Demokratie: „Die Ohnmacht, in die Massen von Menschen durch die wirtschaftlich Mächtigen versetzt werden, wird dadurch verstärkt, dass durch demokratische Wahlen Hilfe in der Regel auch nicht zu erwarten ist. Enttäuschungen schlagen sich im Rückzug der Wähler aus ihren loyalitätsgewohnten Parteien und in Wahlenthaltung nieder.“ Für viele Menschen sind die Leistungsansprüche nicht mehr erfüllbar, sie richten ihren Zorn nach innen, weil sie keine andere Möglichkeiten mehr sehen, sich Gehör zu verschaffen. Oskar Negt: „Das Angstpotential steigt und führt zu einem enormen Anstieg von psychischen Krankheiten.“ Eindringlich warnt er vor dieser Entwicklung: „Eine halbe Demokratie mit freien Wahlen, aber ungenügenden bis keinen Mitbestimmungsrechten in den eigenen zentralen Lebensbereichen ist nicht von Dauer. Demokratisierung auch in den wirtschaftlichen Machtbereichen ist die einzig verlässliche und wirksame Gegenkraft gegen deren zerstörerische Tendenzen.“ Und für die Gewerkschaften wäre es eine neue Aufgabe, „die Empörung zu organisieren“.

Wie viel Demokratie darf sein?

Wer hat in der Wirtschaft das Sagen? Diese zentrale Frage stellte Moderatorin *Agnes Streissler* zu Beginn der Podiumsdiskussion in den Raum. AUA-Betriebs-



Der deutsche Sozialphilosoph Oskar Negt war Hauptreferent beim Dialogforum in Hirschwang. Quelle: wikipedia

ratsvorsitzender *Alfred Junghans* kritisierte, dass „wir uns schon in der Geiselnhaft von großen Konzernen und Analysten befinden“. Zur Illustration dieser These schilderte Junghans die Machtverschiebungen und Kulturveränderungen in seinem Konzern: „Bei den jüngsten Verhandlungen mit dem AUA-Vorstand mussten wir mit einer Urabstimmung zu Kampfmaßnahmen Druck machen. Etwas anderes hätte die Luftansa-Konzernleitung nicht beeindruckt.“ Eine anonyme Eigentümerstruktur wie in Großkonzernen ermutigt, Druck auf MitarbeiterInnen zu machen. Doch „eine diktatorische Unternehmensführung bringt nichts. Wenn man die MitarbeiterInnen mitreden lässt, kommt die Leistung,“ so Junghans.

Monika Kircher-Kohl, Vorstandsvorsitzende der Infineon Technologies Austria, widersprach dem nicht: „In einem High-Tech-Unternehmen wie unserem arbeiten die Menschen an der Technik der Zukunft. Wir vom Management fördern diese Innovationskraft, indem wir bei wichtigen Themen Eigenverantwortung vorantreiben, die weit über den Rahmen der Mitbestimmung hinausgeht.“ Kircher-Kohl vertrat mithin die Ansicht, dass „Unternehmen gut beraten sind, alle Interessen unter einen Hut zu bringen. Dazu gehören sowohl die Eigentümer als auch die MitarbeiterInnen und das gesellschaftliche Umfeld.“ Die Managerin riet

dazu, sich mehr mit Wirtschaftsdemokratie zu beschäftigen.

AKNÖ-Präsident *Hermann Haneder* sieht noch einen langen Weg zur Wirtschaftsdemokratie: "Die Mitbestimmung sollte auch in einer globalisierten Wirtschaft gestaltet werden können." Die Wurzel der Wirtschaftsdemokratie bleiben die Betriebsräte direkt am Arbeitsplatz, "den Überbau bilden dann die europäischen Betriebsräte", so Haneder.

Gewerkschaften gefordert

Haben wir wirklich die „halbe Demokratie“, vor der Oskar Negt warnt, wollte Streissler von den DiskutantInnen wissen. *Maria Jepsen* vom europäischen Forschungsinstitut der Gewerkschaften sieht die Gewerkschaften dazu angehalten, sich stärker an jene Gruppen zu wenden, die strukturell von der Teilnahme an Arbeit und Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind. Das seien vor allem Frauen: „Sie sind in der Finanzkrise aus dem Arbeitsprozess gedrängt worden und auf Sozialleistungen angewiesen. Und diese werden EU-weit gekürzt.“ Jepsen forderte zudem "mehr

Transparenz auf europäischer Ebene. Derzeit fallen viele Entscheidungen hinter verschlossenen Türen und wer für wen arbeitet, ist oft unklar".

Auch *Ferdinand Karlhofer*, Politologe an der Universität Innsbruck, sieht die Arbeitnehmer-Vertretung gefordert: „Die Gewerkschaften glauben, dass sie europaweit nach der Krise bessere Karten haben. Das Schutzbedürfnis der Menschen steigt. Die Entrüstung der ArbeitnehmerInnen, die diese Krise nicht verursacht, aber das Gefühl haben, sie alleine müssten dafür bezahlen, ist riesengroß. In politischen Entscheidungsprozessen sind die Gewerkschaften wieder gefragt.“ Allerdings müssten die Gewerkschaften für ihre ArbeitnehmerInnen attraktiver werden. „Steigt die Arbeitslosigkeit, steigt die Angst um den Arbeitsplatz und sinkt die Streikbereitschaft.“ Davon abgesehen hält Karlhofer den österreichischen Weg für richtig, sozialpolitische Errungenschaften auch gesetzlich abzusichern. "Sonst sind die sozialpolitischen Fortschritte wieder weg."

Quelle: <http://noe.arbeiterkammer.at>, 28.06.2011

Reallohnverluste zu erwarten

Der WSI-Wissenschaftler Thorsten Schulten warnt vor einer europaweiten Lohnsenkungsspirale.

In zwei von drei EU-Ländern drohen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesem Jahr Reallohnverluste. Im Durchschnitt der Europäischen Union dürften die Löhne pro Arbeitnehmer daher 2011 nach Abzug der Teuerung um 0,8 Prozent sinken. In Deutschland dürfte die Entwicklung 2011 zwar positiver ausfallen als bei den meisten Nachbarn. Allerdings ist auch hier nach Abzug der in diesem Jahr relativ hohen Preissteigerung lediglich eine Stagnation der Löhne absehbar.

Das zeigt der neue Europäische Tarifbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. In Europa gingen daher von der Lohnentwicklung "derzeit kaum positive Impulse aus, um die strukturellen ökonomischen Probleme zu überwinden und eine nachhaltige Wachstumsstrategie einzuleiten", so WSI-Tarifexperte Thorsten Schulten.

Restriktive Lohnpolitik

Angesichts von Reallohnverlusten und Sparprogrammen in vielen Ländern warnt der Wissenschaftler vor einer "europaweiten Lohnsenkungsspirale". Die Entwicklung könnte sich noch verschärfen, weil sich die europäischen Regierungen im so genannten "Euro-Plus-Pakt" auf eine seines Erachtens hoch problematische restriktive Lohnpolitik festgelegt hätten, so Schulten. In dem früher "Pakt für den Euro" genannten Übereinkommen haben die europäischen Staats- und Regierungschefs Ende März unter anderem moderate Lohnsteigerungen und eine Verlagerung der Lohnbildung in die Betriebe als Wege zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit formuliert. Zudem solle durch Arbeitsmarktreformen mehr "Flexibilität" erreicht werden. Kritiker warnen vor Eingriffen in die Tarifautonomie.

Bereits 2010 sind die realen Löhne pro Kopf in 13 EU-Staaten gesunken, macht der WSI-Experte deutlich. Am höchsten waren die Verluste in Griechenland mit 8,2 Prozent. Für dieses Jahr rechnet die EU-Kommission in ihrer Wirtschaftsprognose, die Schulten ausgewertet hat, sogar in 18 der 27 Mitgliedsländer mit Reallohnverlusten. Hauptgründe für die verbreiteten

Reallohnverluste sind die Preissteigerung von drei Prozent im EU-Durchschnitt und vergleichsweise schwache Lohnzuwächse, insbesondere in den südeuropäischen Staaten.

Für Deutschland prognostiziert die EU-Kommission für 2011 ein minimales reales Lohnwachstum von 0,1 Prozent. Die im mehrjährigen Vergleich relativ kräftige Entwicklung der nominalen Bruttolöhne von 2,7 Prozent würde danach von der Inflation weitgehend aufgezehrt. 2010 waren die Löhne in Deutschland zum ersten Mal seit 2003 real gewachsen – um ein Prozent. Die deutschen Tariflöhne haben nach den Daten des WSI, die aufgrund unterschiedlicher Methodik etwas höher ausfallen als die jene der Bundesbank, 2010 real um 0,6 und 2009 um 2,4 Prozent zugelegt.

Lohnkürzungen verhindern wirtschaftliche Erholung

„Deutschland konnte seine langjährige lohnpolitische Schlusslichtposition zwar einstweilen abgeben. Dies

lag jedoch weniger an einer besonders expansiven Lohnpolitik als vielmehr daran, dass in den meisten übrigen EU-Staaten die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung noch schwächer ausfiel“, resümiert WSI-Forscher Schulten den aktuellen Trend.

Der Wissenschaftler hält es für sinnvoll, weitere Lohnkürzungen in den Krisenstaaten zu stoppen. Sonst sei die binnenwirtschaftliche Stagnation in diesen Ländern nicht zu überwinden, schreibt Schulten. Und in den wirtschaftlich starken EU-Staaten, insbesondere in Deutschland, könne eine deutlich stärkere Lohnentwicklung seiner Ansicht nach in den nächsten Jahren dazu beitragen, die wirtschaftliche Dynamik in Europa zu erhöhen.

Quelle: Rainer Jung: WSI: In 18 von 27 EU-Ländern drohen 2011 Reallohnverluste, Pressemitteilung der Hans-Böckler-Stiftung, 11.07.2011. Weitere Informationen in: WSI-Mitteilungen 7/2011

Deutliche Mehrheit für Vermögenssteuer

Die AK Oberösterreich präsentierte Mitte August aktuelle Daten zur Verteilung der Vermögen in Österreich. Allein das reichste Prozent hat mit mehr als einem Drittel des gesamten privaten Reichtums einen größeren Anteil als 90 Prozent der Bevölkerung. Eine gerechte Steuer für die Vermögenden brächte der AK zufolge Milliarden für das Budget. Sie weiß bei dieser Forderung eine breite Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Auch die Volkshilfe spricht sich für die rasche Einführung von vermögenbezogenen Steuern aus.

ArbeitnehmerInnen und sozial schlechter Gestellte sind von den Krisenfolgen negativ betroffen, aber für die Sicherung von Millionärsvermögen und Banken kommt der Staat auf, umreist die Arbeiterkammer Oberösterreich die Problematik der gegenwärtigen Situation. Dieser Umgang mit der Krise sei unausgewogen und belaste zudem die öffentlichen Budgets. Staatliche Leistungen, insbesondere im Sozialbereich, würden gekürzt.

Doch zur Finanzierung des Budgetdefizites gäbe es laut AK genug Möglichkeiten für sozial verträgliche Lösungen. Die Einführung einer Vermögenssteuer für die Vermögenden, zum Beispiel ab einer Million Euro privatem „Netto“-Reichtum, könnte Milliarden an Einnahmen für Gemeinwohl und Zukunftsinvestitionen bringen.

Für die Besteuerung von privatem Reichtum spricht sich eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung aus, wie aus verschiedenen Umfragen hervorgeht. Insbesondere ArbeiterInnen und Angestellte befürworten eine Vermögenssteuer für die Reichsten. Fast neun von zehn Mitgliedern der Arbeiterkammer Oberösterreich sind dafür.

Österreich würde hier keineswegs eine Vorreiterrolle spielen – im Gegenteil: Laut den jüngsten Daten der OECD zählt unser Land hinter der Slowakei, Tschechien und Mexiko mit einem 0,5-prozentigen Anteil am Bruttoinlandsprodukt immer noch zu den Schlusslichtern, was vermögensbezogene Steuern betrifft (siehe auch Tabelle, S. 17). Auch gemessen am gesamten Steueraufkommen machen Einnahmen aus Vermögenssteuern in Österreich nur 1,3 Prozent aus, während der OECD-Durchschnitt bei 5,4 Prozent liegt.

Ungleiche Verteilung der Immobilien- und Finanzvermögen

Das private Gesamtvermögen in Österreich wird auf mehr als 1.300 Milliarden Euro geschätzt. Es besteht aus Immobilien (Häuser, Wohnungen und Grund), Geld- bzw. Finanzvermögen (Spareinlagen, Wertpapiere, Unternehmensbeteiligungen) und weiterem Sachvermögen (wie Autos, Kunstwerke etc.) und ist sehr ungleich verteilt. Die vermögendsten zehn Prozent der Bevölkerung verfügen über mehr als zwei Drittel des gesamten privaten Reichtums. Allein das reichste Prozent hat mit knapp 34 Prozent einen größeren Anteil als 90 Prozent der Bevölkerung, die insgesamt über weniger als ein Drittel verfügen.

Den größten Vermögensbestandteil bilden private Immobilien, die laut Schätzung der Österreichischen Nationalbank rund 880 Milliarden Euro wert sind, wovon allein das reichste obere Fünftel über mehr als drei Viertel verfügt. 40 Prozent der Bevölkerung besitzen keinerlei Immobilien.

Werden die Immobilienbesitzenden – also 60 Prozent der Bevölkerung – von der Schrebergärtnerin bis zum Villeneigentümer – nach der Höhe ihres Immobilienvermögens gereiht und zehn gleich große Gruppen gebildet, dann zeigen sich hohe Unterschiede. Die Hälfte hat pro Haushalt Immobilien im Wert von rund 200.000 Euro (Medianwert) bzw. deutlich weniger. Der Besitz des immobilienreichsten Prozents ist im Schnitt rund sieben Millionen Euro wert.

Ende 2010 betrug das private Brutto-Finanzvermögen (Sparbücher, Aktien, Fonds, Wertpapiere, Lebensversicherungen etc.) 460 Milliarden Euro. Vom Gesamtwert besitzt allein das reichste Zehntel der Haushalte geschätzt mehr als die Hälfte (54%). Eine wesentliche Ursache der ungleichen Geldvermögensverteilung ist die geringere Sparfähigkeit kleiner und mittlerer EinkommensbezieherInnen im Gegensatz zur hohen Sparfähigkeit der Einkommens- und Vermögensstarken.

Wird die gesamte Bevölkerung – von der Sparbuchbesitzerin bis zum Aktionär – nach der Höhe ihres Geldvermögens gereiht und werden zehn gleich große Personengruppen gebildet, zeigt sich die hohe Ungleichheit: Die Hälfte hat pro Haushalt ein finanzielles Vermögen im Wert von durchschnittlich rund 21.000 Euro brutto (Medianwert) bzw. deutlich weniger. Das vermögensstärkste Prozent kommt im Schnitt auf mehr als eine Million Euro.

Hohe Millionärsdichte

297 österreichische Haushalte verfügen laut Global Wealth Report 2011, der von der Boston Consulting Group erstellt wurde, zusammen über ein verwaltetes Privat-Finanzvermögen, das größer ist als die gesamte Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) eines Jahres. Jeder dieser Haushalte ist mehr als 100 Millionen US-Dollar bzw. rund 70 Millionen Euro schwer. Der in diesen 297 Haushalten vereinte Finanzreichtum beträgt rund 450 Milliarden Euro. Bezogen auf die Bevölkerung hat Österreich damit die höchste Superreichen-Dichte in der EU und befindet sich in Sachen Millionärsdichte weltweit an fünfter Stelle.

Gemäß einer Studie der Liechtensteiner Investmentgesellschaft Valluga AG hat sich die Millionärsdichte in Österreich im vergangenen Jahr dank des Aufschwungs an den internationalen Börsen und der weltweiten Konjunktur deutlich erhöht. Die Zahl der Reichen stieg 2010 gegenüber dem Jahr davor um 7,2 Prozent auf 74.000 Personen. Das Vermögen der heimischen Reichen und Superreichen vermehrte sich um 9,5 Prozent auf den bisherigen Höchstwert von 230 Milliarden Euro, das macht durchschnittlich 3,1 Millionen Euro pro Kopf. Der Reichtum der MillionärInnen wird in den nächsten Jahren weiter anschwellen, um 8,2 Prozent pro Jahr – so die Prognose. Das BIP wird nominell nur halb so stark wachsen.

AK-Vorschlag für Vermögenssteuer

Da die gezeigten Fakten über Ausmaß und Verteilung der Privatvermögen deutlich machen, wie groß und wie ungleich verteilt der private Reichtum in Österreich ist, tritt die AK für die Einführung einer Vermögenssteuer auf große Privatvermögen ein. Ausgehend vom vorhandenen Volumen der hohen Vermögen ist ihren Schätzungen zufolge je nach Freibetragsmodell ein potenzielles Steueraufkommen von mehr als fünf Milliarden Euro pro Jahr möglich. Weil bei der Steuereinhebung aber, etwa angesichts des Bankgeheimnisses, zu einem gewissen Teil mit einer Steuerumgehung der Reichsten, z.B. durch nicht gemeldete (Finanz-)Vermögen, zu rechnen ist, hält die AK eher ein Steueraufkommen von rund drei Milliarden Euro für realistisch.

Steuerpflichtige bei der von der AK anvisierten Vermögenssteuer wären Personen bzw. Haushalte und eigennützige Privatstiftungen, nicht jedoch Unternehmen und gemeinnützige Organisationen. Die Erhebung würde mittels einer Vermögenssteuererklärung pro Haushalt einmal im Jahr erfolgen.

Als Steuerbasis soll das Gesamtvermögen im Besitz eines Haushalts oder einer Privatstiftung dienen: Finanzvermögen, Immobilien, wertvolle Güter, für die es einen Markt gibt, und Besitz an betrieblichem „Netto-Vermögen“, der beim Eigentümer/bei der Eigentümerin, also AktionärIn etc. erfasst und besteuert würde. Steuerfrei bleiben sollen hingegen Hausrat sowie Pensions- und Abfertigungsansprüche und dergleichen.

Das Vermögen soll zum „Marktwert“ bewertet werden; falls erforderlich, etwa bei Gebäuden, anhand von Schätzungen nach einheitlichen Richtlinien bzw. bei landwirtschaftlichen Grundstücken auf Basis eines zu reformierenden Einheitswerts. Die Bemessungsgrundlage wäre dann nach Abzug allfälliger laufender Kredite und nach Ausschöpfen des Freibetrags das darüber liegende Vermögen. Je nach Modell blieben Vermögensteile bis 700.000 bzw. einer Million Euro steuerfrei. Die diskutierten Steuersätze bewegen sich ab der Freigrenze zwischen 0,5 bis 0,7 Prozent als Einstiegstarif, der schrittweise für die jeweils höheren Vermögensbestandteile auf 1,5 Prozent ansteigen würde.

Derzeit kommt der Löwenanteil aller Steuern von Löhnen und vom Konsum, während Vermögen fast unbesteuert ist. Von der neuen Vermögenssteuer wären aufgrund der hohen Freigrenze die weniger wohlhabenden rund 90 Prozent der österreichischen Familien gar nicht betroffen. „Millionäre und Milliardäre sollen endlich einen gerechten Vermögenssteuerbeitrag für die Finanzierung des Gemeinwohls leisten“, fordert der oberösterreichische AK-Präsident *Johann Kalliauer*, der weitere unsoziale Sparmaßnahmen im Zuge von Budgetkürzungen vehement ablehnt.

Lücken im sozialen Bereich könnten geschlossen werden

Nicht nur die AK, auch die Volkshilfe spricht sich für die „Einführung einer Vermögenssteuer für die Reichen der Reichen“ aus. „Denn in Österreich geht die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr auf. Die Zahl der Reichen wächst, während die hohe Zahl armutsbetroffener Menschen in den letzten Jahren nicht kleiner wird,“ betont Volkshilfe-Präsident *Josef Weidenholzer*.

Vermögenssteuern im internationalen Vergleich

Land	Einnahmen aus Vermögenssteuern in % des BIP (2008)
Großbritannien	4,2
Frankreich	3,4
USA	3,2
Japan	2,7
Schweiz	2,2
Italien	1,9
OECD-Schnitt	1,8
Niederlande	1,6
Griechenland	1,5
Norwegen	1,2
Schweden	1,1
Deutschland	0,9
Österreich	0,5
Tschechien	0,4

Quellen: APA/OECD, Der Standard

Wie zahlreiche Studien zeigen, könnte das Geld, das für Sozialausgaben, für die Bildung und für die Pflege dringend benötigt wird, durch die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer, durch die Einführung einer Transaktionssteuer, durch die Anpassung der Grundsteuer und eine Besteuerung besonders hoher Vermögen eingenommen werden. Der Volkshilfe-Präsident sieht eine Besteuerung von Vermögen über eine Million Euro insofern lediglich als ersten wichtigen Schritt zu einer umfassenden Steuerreform. „Es geht mir auch um die Entlastung des Faktors Arbeit sowie um eine gerechtere Verteilung der Steuerlast. Auch die anteilmäßig höhere Belastung von ArbeiterInnen und Angestellten in unteren Einkommensschichten durch die Sozialversicherungsbeiträge ist nicht gerecht.“

Vermögend zu sein heiße bessere Chancen im Leben zu haben, d.h. eine höhere Lebenserwartung, eine bessere Bildung, mehr Macht und Einfluss. Eine Umverteilung von Vermögen würde bessere Startchancen für alle bedeuten, so Weidenholzer weiter: „Wenn Ungleichheit verringert wird, steigen außerdem nicht nur die individuellen Lebenschancen, sondern es geht der gesamten Gesellschaft besser: weniger Kriminalität und mehr Vertrauen in die Zukunft. Das brauchen wir für unser Land.“

Quellen: AK-Mediendienst Nr. 10056, 18.08.2011; Verteilung der Vermögen in Österreich, Unterlage zur Pressekonferenz, AK Linz, 18.08.2011; Der Standard, 01.09.2011; www.volkshilfe.at, 08.09.2011

USA: Steuersenkungen führten zu mehr Ungleichheit

Der in diesem Sommer erzielte Kompromiss im US-Schuldenstreit birgt nach wie vor große ökonomische und politische Risiken für die Amerikaner. Eine Studie des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) weist nach, dass die Steuerreformen der vergangenen 30 Jahre die steigende Ungleichheit der Markteinkommen nicht ausgleichen konnten. Die IZA-Forscher plädieren dafür, die Steuersenkungen für Reiche aus dem Jahr 2001 auslaufen zu lassen, und warnen vor einer sich weiter verschärfenden Einkommensungleichheit infolge der angekündigten Kürzungen der Staatsausgaben.

Steuern nicht rauf und Staatsausgaben runter – das sind die beiden zentralen Elemente des Ende Juli erzielten Schuldenkompromisses in den USA. Eine aktuelle IZA-Studie der Ökonomen Olivier Bargain, Matthias Dolls, Herwig Immervoll, Dirk Neumann, Andreas Peichl, Nico Pestel und Sebastian Siegl zeigt, dass diese Beschlüsse starke Auswirkungen auf die US-Einkommensverteilung haben werden.

Weitere Spreizung der Einkommensschere befürchtet

Die Forscher des IZA-Netzwerks analysierten die direkten Wirkungen sämtlicher US-Einkommensteuerreformen zwischen 1978 und 2009 auf die Einkommensungleichheit. Die Auswertung zeigt, dass die Steuersenkungen von 2001 und 2003 unter George W. Bush einen Anstieg der Ungleichheit bewirkt haben. Sollten diese Senkungen nicht zurückgenommen werden und käme es zusätzlich noch zu einer Kürzung der Transferleistungen, so wird dies zu einem starken Anstieg der Einkommensungleichheit führen. Ohnehin ist diese in den USA im Vergleich mit anderen Industrieländern bereits jetzt am höchsten. Eine weitere Spreizung der Einkommensschere könnte mittelfristig eine Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt der US-Amerikaner bedeuten.

Methodisch trennten die Forscher die Wirkungen, die eine Steuerreform auf die Einkommensungleichheit entfaltet, von der Umverteilung, die ohne Reform in einem bestehenden System entsteht. Diese Unterscheidung ist besonders wichtig, da die Umverteilungswirkung in einem gleich bleibenden progressi-

ven Steuersystem automatisch stärker wird, wenn die Vorsteuer-Ungleichheit von einem Jahr auf das andere steigt. Durch detaillierte Simulationsberechnungen isolierten die Forscher den direkten Einfluss der US-Steuerpolitik der vergangenen 30 Jahre auf die Ungleichheit.

Unterschiedliche Perioden

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Steuerpolitik – über den gesamten Zeitablauf betrachtet – kaum zur Eindämmung der Ungleichheit beigetragen hat. Die Steuerreformen unter Reagan in den 1980er Jahren haben insbesondere Wohlhabende begünstigt, während die Reformen in den Jahren 1990 und 1993 unter Bush senior und Clinton dem Trend der Einkommensspreizung entgegenwirkten. Die Steuersenkungen von 2001 und 2003 unter Bush junior kehrten den Trend jedoch erneut um und trugen maßgeblich zur wachsenden Ungleichheit bei. Schließlich sorgten Maßnahmen aus dem umfangreichen US-Konjunkturpaket von 2009 im Zuge der Finanzkrise dafür, dass der starke Anstieg der Vorsteuer-Ungleichheit zumindest zum Teil gebremst wurde. Über den gesamten Zeitablauf zeigt sich demnach eine scharfe parteipolitische Trennung in der Steuerpolitik. Während in den Jahren, in denen die Demokratische Partei den Präsidenten gestellt hat, die Maßnahmen insgesamt zum Abbau der Ungleichheit beigetragen haben, waren die Steuerreformen unter republikanischen Präsidenten insbesondere durch Steuersenkungen für Wohlhabende gekennzeichnet.

Auslaufen der Steuersenkungen würde zur Haushaltskonsolidierung beitragen

Vor dem Hintergrund der extrem hohen Schuldenbelastung der Vereinigten Staaten plädieren die Autoren dafür, die Steuersenkungen aus dem Jahr 2001, die bis zum Ende des Jahres 2012 befristet sind, auslaufen zu lassen. Dies würde einerseits ein höheres Steueraufkommen generieren und somit zur unabdingbaren Konsolidierung der amerikanischen Staatsfinanzen beitragen. Andererseits würde es der steigenden Einkommensungleichheit entgegenwirken. Dieser Effekt ist auch deswegen nicht zu vernachlässigen, weil die im Kompromiss vereinbarten Ausgabenkürzungen vor allem Menschen aus unteren Einkommensschichten treffen werden.

Quelle: Mark Fallak: IZA-Forscher warnen vor steigender Ungleichheit durch US-Schuldendeal. Pressemitteilung des Instituts zur Zukunft der Arbeit, 31.08.2011

Druck aus den Systemen nehmen

Wie ein Damoklesschwert schwebt die drohende weltweite Rezession über dem sich verdunkelnden Wirtschaftshimmel. Der Zukunfts- und Nachhaltigkeitsexperte Hans Holzinger ist überzeugt, dass die Abkehr vom Wachstumszwang und der Übergang in eine Postwachstumsökonomie Druck aus dem angespannten Wirtschaftssystem nehmen und zu einer Überwindung der Instabilitäten führen könnte. Kontrollierte Schrumpfung und neue Verteilungsmuster gelten für den wissenschaftlichen Mitarbeiter der Robert-Jungk-Stiftung in Salzburg dabei als zentrale Zukunftspfade.

Rezession fürchten Ökonomen und Ökonomeninnen wie der Teufel das Weihwasser. In der Wirtschaftswissenschaft spricht man von Rezession, wenn eine Volkswirtschaft mindestens zwei Quartale nicht gewachsen bzw. geschrumpft ist. Wirtschaftswachstum gilt daher als „ultima ratio“ aller Wirtschaftspolitik. Ungern löst man sich von einem Paradigma, das in der Vergangenheit erfolgreich war. Wirtschaftswachstum ist ein solches Paradigma. Es hat über Jahrzehnte unseren materiellen Wohlstand erhöht, den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme ermöglicht und so letztlich auch unsere Demokratien stabilisiert. Warum stößt Wirtschaftswachstum in materiell reichen Gesellschaften nun an seine Grenzen?

Zunächst ist festzuhalten, dass unser „erfolgreiches“ Wirtschaftssystem immer ambivalent war. Der real existierende Kapitalismus hat meines Erachtens drei große Mängel: Er akkumuliert Reichtum bei den Habenden, statt Mittel dort verfügbar zu machen, wo sie wirklich gebraucht werden. Das heißt, er wirkt ausschließlich und produziert Hunger. Zweitens beutet er die Natur aus, er ist maßlos und nicht nachhaltig. Drittens wirkt er als großer Verführer bei denen, die er einschließt, indem er sie süchtig macht und ablenkt vom wirklichen Leben. Er produziert am Bedarf vorbei und schafft künstliche Bedürfnisse, anders ist die riesige globale Werbemaschinerie nicht zu verstehen. Der vermeintliche Wachstumszwang verdonnert zum „Konsumieren-Müssen“.

Als Viertes kommt nun hinzu, dass der Kapitalismus offensichtlich nur mehr „funktioniert“ mit exorbitan-



Nachhaltigkeitsexperte Hans Holzinger plädiert für den Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft. Quelle: JBZ

ter öffentlicher Verschuldung – nach dem Motto „Privatisierung der Gewinne – Sozialisierung der Folgen“. Die Staaten verschulden sich, die Konzerne machen Gewinne, die nicht immer reinvestiert werden. Spätestens die Finanzkrise 2008 hat gezeigt, dass das System in sich instabil ist. Meine These lautet nun: In den materiell bereits reichen Gesellschaften Wege in eine Postwachstumsökonomie zu finden, trägt wesentlich zur ökonomischen Stabilisierung bei und es ist Voraussetzung für ökologische Nachhaltigkeit. Weiter wachsen sollen (und werden) die Ökonomien der Schwellen- und Entwicklungsländer.

Fünf Argumente für Wirtschaftswachstum und fünf Argumente dagegen

In meiner Studie „*Wirtschaften jenseits von Wachstum?*“ im Rahmen des Projekts „*Wachstum im Wandel*“ habe ich fünf Argumente behandelt, die in der Regel für Wirtschaftswachstum ins Treffen geführt werden, und deren Fragwürdigkeit bzw. Brüchigkeit untersucht.

Argument 1: Wirtschaftswachstum bringt uns mehr Wohlstand. Dieses Argument ist mittlerweile durch Ergebnisse der Zufriedenheitsforschung widerlegt: Ab einem gewissen materiellen Wohlstandsniveau steigt die Zufriedenheit nicht mehr. Es findet eine Entkopplung von BIP und Lebensqualität statt.

Argument 2: Wirtschaftswachstum sichert unsere Sozialsysteme. Auch dieses Argument gilt nur mehr bedingt: Eine neue Steuerbasis, die den Verbrauch von

Ressourcen und die Anhäufung von Vermögen stärker besteuert, kann die sozialen Sicherungssysteme auch ohne BIP-Wachstum gewährleisten. Die Steuerbasis wird weg vom Faktor Arbeit hin zur Produktivität, dem Hauptwertschöpfungsfaktor, verlagert. Zugleich wird ein starker Anreiz zum Ressourcensparen gesetzt und der sozial- sowie demokratiepolitisch problematischen Reichtumsanhäufung bei wenigen Personen entgegengewirkt.

Argument 3: Wirtschaftswachstum schafft Arbeitsplätze. Dieses Argument hat auch bisher nur mehr bedingt gestimmt. Das Erwerbsarbeitsvolumen ist bereits jetzt trotz Wirtschaftswachstum rückläufig. Arbeit in der Postwachstumsgesellschaft wird neu definiert: Die verbleibende Erwerbsarbeit wird gerechter verteilt, die Arbeitszeiten werden tendenziell verkürzt – beweglichere Erwerbsbiografien ermöglichen den jeweiligen Lebenslagen angepasste Wunscharbeitszeiten für Männer und Frauen. Voraussetzung sind garantierte Mindestlöhne. Andere (über)lebenswichtige Tätigkeiten wie Sorge-, Haus- und Eigenarbeit sowie bürgerschaftliches Engagement werden aufgewertet. Modelle wären die „Dreizeitgesellschaft“ (Jürgen Rinderspacher), die Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und Muße verbindet, oder die „Vier-in-einem-Perspektive“ (Frigga Haugg), die Erwerbsarbeit, Versorgungsarbeit sowie persönliche Entwicklung und politisches Engagement für alle verbindet (Mehr dazu siehe die Studie des Autors „Zur Zukunft der Arbeit“).

Argument 4: Wirtschaftswachstum ermöglicht erst, dass wir uns Umweltschutz leisten können. Dieses Argument stimmt leider ebenfalls nur bedingt. Die ökologische Modernisierung konnte in der Tat durch Wirtschaftswachstum finanziert werden. Im „klassischen“ Umweltschutz waren wir durchaus erfolgreich – die Wasser- und Luftqualität haben sich deutlich gebessert, der Wald wächst wieder. Teilweise haben wir den „Dreck“ freilich auch mit der Industriearbeit in die Länder des Südens „ausgelagert“. Die neue Herausforderung heißt jedoch Nachhaltigkeit und diese erfordert eine drastische Reduzierung des Ressourcenverbrauchs sowie eine Eindämmung des menschengemachten Klimawandels. Und da Effizienzgewinne bisher immer durch Mengeneffekte aufgesogen wurden, brauchen wir eine Schrumpfung des Güterausstoßes sowie Lebens- und Konsumstile der Begrenzung. PS: Die Kosten der sich mehrenden „Naturkatastrophen“ werden übrigens ein Vielfaches dessen ausmachen, was wirksamer Klimaschutz jetzt kosten würde.

Argument 5: Wirtschaftswachstum ist nötig, um Kreditzinsen begleichen zu können, die Unternehmen, Staaten oder Einzelpersonen aufgenommen haben (Verschuldungsdynamik). Dieses Argument ist in der Tat schwer zu widerlegen. Kapitalistisches Wirtschaften basiert auf dem Zinssystem. Jene, die das Kapital geben, wollen dafür Rendite. Dass dieses System in sich instabil ist, hat die aktuelle Finanzkrise gezeigt. Diese wurde bisher nur aufgeschoben durch starke öffentliche Verschuldung, was jedoch keineswegs eine Lösung darstellt. Doch die gegenwärtige „Shareholder“-Value-Fixierung und Bereicherungswirtschaft muss nicht bleiben. Geld kann wieder dienende Funktion übernehmen: Stichworte wären Niedrigzinspolitik, gesellschaftliche Ächtung der Reichtumsakkumulation, neue Unternehmensformen nach dem Genossenschafts- oder Stiftungsrecht, letztlich auch eine Begrenzung des privaten Eigentums – von Maximaleinkommen über Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen bis hin zu einer Neufassung des Erbrechts. Modelle wie eine Gemeinwohlökonomie¹ zeigen an, wie dies gehen könnte.

Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft

Zentrale Bedingungen eines Übergangs in eine Postwachstumsgesellschaft wären zusammengefasst aus meiner Sicht:

- Zurückdrängung des privaten Konsums als derzeitigem Wachstumsmotor zugunsten des öffentlichen Konsums, d.h. Ausbau öffentlicher Leistungen statt deren Kürzung. Lebensqualität hängt nämlich mindestens ebenso von der Qualität öffentlicher Leistungen ab wie vom privaten Konsum, der ökologisch und auch kulturell ohnedies problematisch ist
- Aufwertung des Staates und der Politik als Steuerungsinstanzen, die der gegenwärtigen Akkumulationsdynamik des real existierenden Kapitalismus entgegenwirken!
- Eine neue Arbeitszeitpolitik, die zum einen der Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen entgegenwirkt, zum anderen mehr Zeitwohlstand gegenüber weiteren Lohnerhöhungen im mittleren und oberen Einkommenssegment in den Mittelpunkt rückt!
- Abkehr vom BIP als alleinigem Wohlstandsindikator und Entwicklung von Messgrößen für Lebensqualität (Arbeitszufriedenheit, Verteilungsgerechtigkeit, öffentliche Leistungen); zugleich Verbuchung der Negativkosten (wie ökologischer Fußabdruck).

- Erzeugung eines öffentlichen Bewusstseins für tatsächliche Verteilungs- und Leistungsgerechtigkeit, was Debatten über gerechten Lohn ebenso erfordert wie über vertretbare Reichtumsunterschiede!
- Krisenfeste Marktwirtschaften werden tendenziell auch wieder stärker auf regionale Wertschöpfungsketten achten. Wenn man so will, muss die Komplexität des Wirtschaftens wieder verringert werden. In der postfossilen Wirtschaft werden aber die Güterströme ohnedies wieder dezentralisiert, der Wirtschaftsfaktor Transport wird sich massiv verteuern.
- Nicht zuletzt: Entdeckung der Qualitäten einer neuen Mitmachgesellschaft jenseits der hedonistischen Vereinzelung in der gegenwärtigen Konsumgesellschaft, die Erfahrungen der Kooperation und des gemeinsamen Engagements ermöglicht und damit zu einem Wachsen von Solidarität und Gemeinschaft(en) jenseits des Konsumismus führt!

Ziel einer Postwachstumsökonomie, die eine Postwachstumsgesellschaft ermöglicht, wäre es, den un-

gemeinen Druck, der derzeit auf den Subsystemen der Gesellschaft lastet, zu überwinden. Druck, den die ArbeitnehmerInnen ebenso wie die (kleinen) UnternehmerInnen verspüren, Druck, der die öffentliche Hand bedingt durch die Verschuldungsdynamik ebenso knebelt wie er das Wirtschaften destabilisiert. Der Zweck des Wirtschaftens, nämlich den Bedarf an menschlichen Gütern und Dienstleistungen zu decken, muss wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Nur so werden wir wieder sicheres Terrain betreten.

Hans Holzinger

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Robert-Jungk-Stiftung Salzburg und Verfasser der Studien „Wirtschaften jenseits von Wachstum?“ sowie „Zur Zukunft der Arbeit“. Informationen unter: www.jungk-bibliothek.at/

Anmerkung

- 1 Nähere Informationen hierzu unter: www.gemeinwohloekonomie.org/en

Am Ende der Illusionen – eine Ökonomie für das 21. Jahrhundert

In zwölf Thesen sagen zwei Wissenschaftler der Universität Witten/Herdecke einen kommenden Paradigmenwechsel voraus: Die derzeit herrschende Lehre wird ihre Grundlagen und Forschungsrichtungen einer tief greifenden Revision unterziehen müssen, wenn sie bei der nächsten Krise nicht wieder versagen will.

Die unmittelbaren Folgen der weltweiten Finanzkrise sind im Jahr 2010 am Abklingen; es mehren sich momentan sogar die Anzeichen eines konjunkturellen Aufschwungs.¹ Diese Wende wurde politisch verschiedentlich unterstützt; grundsätzlichere Lehren, die aus der jüngsten ökonomischen Misere gezogen wurden, bleiben hingegen spärlich – erst recht, wenn man bedenkt, dass sich an zentralen Paradigmen, die zur Einschätzung und Prognose ökonomischen Gebarens zurate gezogen werden, weit- hin so gut wie nichts geändert hat. Erst eine andere

Wirtschaftswissenschaft verspräche womöglich zu leisten, was die jetzige versagte.

Im Folgenden werden in Form von 12 Thesen Züge einer Wirtschaftswissenschaft skizziert, die sich als Grenzwissenschaft begreift; zum einen ist sie sich ihrer eigenen Grenzen bewusst, zum anderen sucht sie als „Grenzgängerin“ Anschluss und Verbindung zu ihren Nachbarn, um bi- bis multilaterale Projekte zu lancieren. Dass es bereits Ansätze dazu in der aktuellen Ökonomie gibt, wird in den Thesen zur Darstellung kommen. Schließlich wird kurz zu zeigen sein, welche Veränderungen des universitären Alltags – Professoren und Studenten sind hier gleichermaßen gemeint – eine solche Ökonomie einfordern würde.

Wirtschaftswissenschaft als „Grenzwissenschaft“: 12 Thesen

1. Nicht erst seit der Finanzkrise hat sich die Wirtschaftswissenschaft als überschätzte Disziplin herausgestellt. Ernst Fehr, forschend in der experimentellen Ökonomie und einer der nächsten Nobelpreiskandidaten, kennzeichnet die Schwelle, an der die moderne Ökonomie steht: „Die traditionelle Annahme egoistischen Verhaltens hat sich häufig als falsch erwiesen und zu fehlerhaften Prognosen geführt. Ähn-

liches gilt für die Annahme völlig rationalen Verhaltens. Es gibt Ökonomen, die diese Annahmen verteidigen. Aber ich glaube, die Zeit wird über sie hinweggehen. Wann rationales und wann nichtrationales Verhalten vorliegt, ist letztlich eine empirisch zu klärende Frage. (...) Für beschränkt rationales Verhalten gibt es in der Tat noch keine übergreifende Theorie. Das liegt daran, dass die Empirie widerspenstig ist. Es wird kompliziert, wenn wir nicht mehr unterstellen, dass Menschen nur ihren Eigennutz maximieren. (...) Vielleicht wird es nie eine in sich geschlossene Theorie für nichtrationales Verhalten geben. Trotzdem müssen wir dieses berücksichtigen, wenn wir die Welt erklären wollen", so Fehr in einem Interview gegenüber der Wirtschaftswoche. Wenn die Ökonomie mit falschen Verhaltensannahmen operiert, die sie aus methodischen Gründen sogar weiterhin verteidigt, arbeitet sie wie eine unreflektierte, spekulative Metaphysik.

2. Alle Ökonomie gründet seit jeher auf Annahmen über menschliches Verhalten. Ernst Fehr, Armin Falk, Axel Ockenfels, George Loewenstein und andere haben sich diesbezüglich durch psychologische Forschungen inspirieren lassen. Die Ökonomie steht damit vor der offenen Türe zur transdisziplinären Forschung, deren Durchschreiten sie bisher – zu stolz auf ihre eigene Methodologie – meist verweigert hat. Wenn, statt nur Egoismus, Nutzenmaximierung und rationales Verhalten zu unterstellen, alle Nuancen menschlichen Verhaltens wieder ins Spiel gebracht werden müssen, um wirtschaftliche Prozesse zu erklären (vorauszusagen wäre fast wagemutig), würde die Auseinandersetzung mit der Wirtschaftssoziologie (Netzwerktheorien), der Neuroscience (mentale und emotionale Prozesse), der Geschichte (kulturelles Gedächtnis und Sinnhorizonte), sogar der Religion (Glaube, Hoffnung, Erwartung, Erlösung) ergebnisbringend. In der Institutionenökonomie hat die Wirtschaftswissenschaft – unter Federführung von Douglass North, Oliver Williamson und Avner Greiff – bereits selber Konzepte erarbeitet, die das Verhältnis von Entscheidung und Regelbefolgung klären; Regelverhalten ist, um es kurz zu sagen, vernünftig, aber nicht rational in dem Sinne, dass in jeder Situation wieder neu die beste Alternative entschieden würde. Jenseits dieser Bemühungen muss aber der transdisziplinäre Weg, der teils schon in Sicht ist, kontinuierlich weiter erschlossen und gegangen werden.

3. Auch die Auseinandersetzung mit der Philosophie wird theoriebildend für die Wirtschaftswissenschaft werden müssen. Bisher konzentrierte man sich – so etwa Karl Homann oder Josef Wieland – auf Teile der

praktischen Philosophie, vor allem auf ethische und moralische Fragen. Vieles davon ist jedoch eher Soziologie, insofern es um Normenbildung und -durchsetzung geht. Die Philosophie kann aber ihre genuin erkenntnistheoretischen Arsenalen ausleihen, die das Verhältnis von Entscheidung, Wahrnehmung, Wissen, Innovation, Änderung, Interpretation und Antizipation klären helfen. Damit kann sie der Ökonomie weit mehr bieten als nur Ethik; sie liefert Potenziale zur kritischen Selbstreflexion und methodologischen Profilschärfung in allen Belangen.

4. Natürlich ist auch das Verhältnis von Ökonomie und Politik ganz neu zu gewichten. In Demokratien werden die Ziele, wie Gesellschaften leben wollen, politisch definiert. Dem kann die Ökonomie nur klug zuarbeiten, was aber voraussetzt, dass sie die Modalitäten der Politik von vornherein in ihre Theorie einsetzt. Der Glaube, eine politikneutrale Ökonomie formulieren zu können, ist eine szientistische Illusion. Ökonomie ist sui generis politische Ökonomie, weil sie letztlich dazu dient, „to better the comfort of life“ (Adam Smith).

5. Ökonomische Empfehlungen sind immer handlungsorientiert, entweder als Aktions- oder als Unterlassungsvoten. Eine erste Diskussion über die Geltung und Wirksamkeit von politischer Beratung durch Ökonomen hat inzwischen begonnen. Dabei ist deutlich geworden, dass Ökonomen nicht nur alltagsverständlich kommunizieren können müssen, sondern vor allem die Handlungsspielräume der Politik in ihren Empfehlungen von vornherein mitzudenken haben. Das setzt voraus, dass Ökonomen erstens Politikprozesse kennen und verstehen und zweitens die anders gelagerte Logik politischen Verhaltens immer mit bedenken. Politische Abstimmungsprozesse unterliegen eigenen Dynamiken, die mit Rational-Choice-Hypothesen nicht zu fassen sind.

6. Das alles kann die Ökonomie nur leisten, wenn sie die Wirtschaftsprozesse als Systeme auffasst. Systeme haben eigene Dynamiken, deren vollständige Steuerung durch Politik wiederum eine Illusion wäre. Folglich wird sich die künftige Wirtschaftswissenschaft mit Systemtheorien auseinanderzusetzen haben (mit biologischen, mathematischen, soziologischen gleichermaßen).

7. Die Auseinandersetzung mit systemtheoretischen Erwägungen wird besonders bedeutsam im Bereich der Prognostik; es gibt nämlich massive methodische Einwände bei der Modellierung von Erwartungen und zukünftigen Ereigniseintritten, formuliert etwa von Nissim Nicholas Taleb, Benoît Mandelbrot, Didier Sor-

nette oder Elena Esposito. Das ist umso gravierender, als auf den Finanz- und Kapitalmärkten auf Basis ausgefeilter Algorithmen in Computersystemen Berechnungen zukünftiger Wertentwicklungen nicht nur eingefordert, sondern längst global praktiziert werden. Weit über das klassische Banking hinausgehend werden Futures, Optionen und Derivate gehandelt, also Wertdifferenzen künftiger wirtschaftlicher Ereignisse, die nicht individuelle Risiken bergen, sondern kaum kalkulierbare Netzwerkeffekte erzeugen.

8. Es zeigt sich hier, dass der Ökonomie eine Theorie der Kommunikation und ihrer Medien fehlt. Asymmetrische Informationen zeigen nicht nur, dass heterogene Akteure verschieden informiert sind, sondern dass sie, auf der Basis ihrer verschiedenen Informationen handelnd, von anderen beobachtet werden, die wiederum ihre Schlüsse daraus ziehen. Dieses wechselseitige Informieren ist ein Kommunikationsprozess, der durch Medien verstärkt und auch moduliert wird. Momentan wird dieses Thema anhand der Zentralbankkommunikation behandelt, bis hin zur Rolle der Gerüchte bzw. deren Vermeidung. Daran zeigt sich, welche Erweiterung des Handlungs- und Interaktionsraums in der Ökonomie allmählich angedacht wird. Wir werden bald eine allgemeine Kommunikationstheorie der Märkte bekommen (die weit über die Medienökonomie hinausreicht, die sich nur auf die Wirtschaft von Medienunternehmen konzentriert). Eine allgemeine Theorie der marktlichen Kommunikation wird die Einflüsse von sozialen Netzwerken – jeder wirtschaftliche Akteur ist sozial in Netzwerke mit eigenen Kommunikationen eingebettet – beachten; bei relevanten Kaufhandlungen z.B. entscheidet ein Akteur nicht notwendig alleine, sondern fragt seine Familie, seine Freunde, Verwandten, Kollegen etc., was sozial akzeptabel ist. Netzwerke kommunizieren soziale Bedeutungen (als eigenständige linguistic communities, die sozial relevante Semantiken generieren). Güter sind nicht einfach ökonomische Güter, sondern Güter plus Bedeutung, die kommuniziert wird. Ansonsten wäre Werbung unwirksam.

9. Es wird sichtbar, dass die Ökonomie mit der Soziologie, vor allem mit der Wirtschaftssoziologie, enger kooperieren wird. Denn Bewertungen von Kaufhandlungen laufen nicht allein über Preis/Mengen-Relationen auf den Märkten, sondern immer auch in Beachtung des Status, den man durch den Kauf sozial erhält oder erhöht (oder zu senken vermeidet). Wirtschaftliche Handlungen werden im Kontext sozialer Positionierungen vorgenommen. Das lässt sich nicht mehr in einem singulären Entscheidungskriterium (z.B. Nutzen, rational choice, Präferenz) abbilden;



Birger P. Priddat, Professor für politische Ökonomie an der Universität Witten/Herdecke. Quelle: idw

Wirtschaftsprozesse sind komplexer. Ernst Fehr und andere haben herausgearbeitet, dass nicht der individuelle Nutzen allein eine wirtschaftliche Entscheidung bestimmt, sondern auch der Umstand, wie fair man sich im Verhältnis zu anderen behandelt fühlt. Fairness ist eine Vokabel der praktischen Philosophie bzw. der Soziologie. Etwas allgemeiner gesagt: Wirtschaftliche Handlungen finden in sozialen Kontexten statt, die jeweils mit analysiert werden müssen, um gehaltvolle Aussagen zu bekommen. Fehr benennt das so, dass letztlich die Empirie entscheidet. Dennoch wird man Theorien entwerfen, die allgemein diese Kontextabhängigkeit zu strukturieren versuchen.

10. Dass diese Kontexte auch Normen, Moralen etc. umfassen, wird theoretisch über die bislang gehandelten Wirtschaftsethiken hinausweisen. Es geht schließlich nicht darum, die Wirtschaft durch Moral einzuschränken (vor allem: welche Moral? Es gibt so viele verschiedene – und keine Metamoral), sondern gewisse Proportionalitäts- und Gerechtigkeitsvorstellungen mit zu beachten. Für Betrugsverfolgung ist die Institution der Justiz zuständig; wie die Gesetze gestaltet werden, ist allerdings durchaus in Auseinandersetzung mit der Ökonomie zu generieren. Ordnungen können politisch (und dann rechtlich) gesetzt werden, müssen aber daraufhin überprüfbar bleiben, ob sie Produktivität fördern – hier hat die Ökonomie ein eigenes Kriterium herausgearbeitet, das jedwede Intervention zu beachten hat – und inwieweit Einschränkungswünsche die ökonomische Potenz einer Gesellschaft forcieren oder lädieren.

11. Die kritische Auseinandersetzung mit der Wirtschaft wird schließlich eher in Richtung Einbettung in soziale (und physikalische oder biologische: Klima, Ökologie) Kontexte gehen als in Richtung politischer Kontrolle. Ein komplexes System lässt sich kaum steuern; wir müssen es erst einmal überhaupt als komplexes System verstehen lernen, um intelligente Anpassungsbewegungen vollziehen zu können – auch die Politik. Wer darauf besteht, die Wirtschaft zu kontrollieren, hat ein mechanisches Bild von ihr. Das aber löst sich gerade in den beschriebenen Ausweitungen der Theorie auf.

12. Wirtschaftswissenschaft als separiertes Projekt ist fehlgeschlagen. Die Krisen, die sich alle Jahre wieder ereignen, sind nämlich nicht zuletzt Fehlgeburten einer Ökonomie, die – anstatt sich von anderen Wissenschaften befruchten zu lassen – hemmungslosen Inzest betreibt. In dieser Form ist Wirtschaftswissenschaft eine, wie eingangs genannt, überschätzte Disziplin. Nicht jedoch der Bereich, den sie erforschen will und soll, ist überschätzt: Die (wirtschaftlichen) Beziehungen zwischen Menschen. Um diesem Bereich und seinen Aufgaben adäquat zu begegnen, wird die Ökonomie Soziologie, Philosophie, Psychologie, Kommunikations- und Systemtheorie, ja nicht zuletzt die Theologie an einen Tisch bitten müssen – denn nur gemeinsam werden die Fragen menschlichen Verhaltens zu klären sein, die sich auch in der Ökonomie stellen. Insofern ist jede zukünftige Wirtschaftswissenschaft eine Grenzwissenschaft: selbstbewusst und selbstbescheiden.

Veränderung des universitären Alltags notwendig

Die dargestellten Anforderungen werden nicht zuletzt Folgen haben für die Universität als Organisation von Wissenschaft. Wenn man, wie bisher üblich, Ökonomie als kodifizierten Standard lehrt, wird in der Lehre Stoff vermittelt – mehr oder minder gut. Öffnet sich die Ökonomie aber in das transdisziplinäre Feld, wird das bedeuten, dass man zum einen nicht mehr Ökonomie als Ökonomie studieren kann, sondern nur noch als Mischung mit anderen Wissenschaften, zum anderen wird man von Vermittlung auf Verstehen, Urteilen und Interpretieren umschalten müssen. Die neue Ökonomie wird komplexer, operiert nicht mehr mit ihren deklarierten Mechanismen, sondern wird mit Mehr-Ebenen-Modellen und -konzepten umzugehen lehren. Was da inhaltlich und methodisch interferiert, muss jeweils verstanden werden, d.h. nicht einfach gelernt, sondern im Zusammenspiel erörtert, erarbeitet und beurteilt werden. Hermeneutische Kompetenz wird genauso wichtig wie analytische.

Ein Ökonom, der nicht versteht, wie Politikprozesse laufen, die die Wirtschaft ständig modulieren und in die ökonomische Interpretationen von vornherein mit eingedacht werden müssen, der nicht versteht, wie die Gesellschaft der Wirtschaft funktioniert (Soziologie und Netzwerktheorien), der die Beziehung von Wirtschaft und Institutionen (bis hinein ins Recht) nicht zu beurteilen versteht, der nicht die Verhaltensmöglichkeiten der Menschen einschätzen kann (Psychologie und Sozialpsychologie), versteht kaum die Bedingungen der Möglichkeit wirtschaftlichen Handelns. Diese Bedingungen werden in einer transdisziplinären Ökonomie erörtert – die zugleich, im ursprünglichen Sinne Kants, eine Transzendentalökonomie wäre (zweifelsohne würden Forschung und Lehre dabei entschieden anspruchsvoller).

Wissen ist kein abrufbarer Standard, sondern ändert sich fortlaufend, vor allem, wenn Wissen einer Disziplin mit dem Wissen anderer in Interferenz gerät. Wissen setzt sich nicht aus Bauteilen zusammen; es geht nicht um Faktorenkombination. Dadurch, dass man sein eigenes Wissen in den Horizont eines anderen Wissens stellt, ändert sich auch der eigene Horizont. Wir brauchen in diesem Sinne rich theories, die sich wechselseitig anreichern.

Das Genannte hat fundamentale Bedeutung auch für die Form der akademischen Lehre, denn es kann dann nicht mehr so ohne weiteres, wie wir es jetzt betreiben, zwischen Lehre (kodifizierter Standard) und Forschung (Theoriendynamik) getrennt werden. Die Studenten müssen gleich in die Forschung mit hinein genommen werden – Humboldts altes Programm. Nur so bekommen wir gebildete Ökonomen – deren Wissen nicht vor jeder Krise bewahren wird, aber immerhin ökonomische Prozesse transparenter, durchschaubarer werden lässt.

*Philip Kovce
Birger P. Priddat*

Professor Dr. Birger P. Priddat ist seit 2007 Inhaber des Lehrstuhls für Politische Ökonomie an der Universität Witten/Herdecke. Philip Kovce ist studentischer Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Ökonomie.

Der Artikel erschien ursprünglich in „Die Gazette. Das politische Kulturmagazin“, Nummer 28 / Winter 2010/2011.

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung von Prof. Priddat. Nähere Informationen zur viermal jährlich in München erscheinenden Zeitschrift sowie Bestellmöglichkeit (auch als pdf möglich) unter: www.gazette.de

Anmerkung der Redaktion

1 Der Originalartikel wurde vor rund einem Jahr verfasst und spiegelt insofern die damalige Einschätzung wider.

„Stille Revolutionen“ im Sozialstaat?

Der Sozialstaat verändert sich rasant – und zwar nicht nur durch neue Gesetze und veränderte Transfersysteme, sondern auch aus seinem Inneren heraus, ohne dass darum in der Öffentlichkeit viel Aufhebens gemacht wird. Institutionen und Organisationen alter Prägung verschwinden, und das, was nach ihnen kommt, birgt zahlreiche Ungewissheiten. Auf diesen Tatbestand haben Fachleute bei der Jahrestagung der Sektion Sozialpolitik der Deutschen Gesellschaft für Soziologie hingewiesen.

„Vielfach lautet die Devise: kosteneffizientes Handeln, weniger Zeitaufwand, Beschränkung auf das Notwendige“, sagte Professor *Ingo Bode*, der die Tagung am Institut für Sozialwesen der Universität Kassel in Kooperation mit dem Vorstand der Sektion ausrichtete. Nicht erst die aktuelle Schuldenkrise zwingt die Staaten Europas zum Sparen – in wohlfahrtsstaatlichen Versorgungssystemen gehe es schon länger darum, mehr aus knappen bzw. knapp gehaltenen Ressourcen herauszuholen. Die Wirkungen der dabei eingesetzten Instrumente auf die sozialstaatlichen

Institutionen selbst – und damit auf deren Fähigkeit, den ihnen gesetzten Auftrag umzusetzen – seien allerdings in der öffentlichen Debatte bislang nur unzureichend beachtet worden.

Einfluss des „New Public Management“

Die Infrastruktur des Sozialstaats habe sich in den vergangenen Jahrzehnten massiv gewandelt, man könne vielleicht sogar von „stillen Revolutionen“ sprechen, betonte Bode. Besonders einflussreich sei dabei europaweit das Gedankengut des „New Public Management“ gewesen – und damit die Vorstellung, sozialstaatliche Einrichtungen könnten wie private Unternehmen geführt und eingesetzt werden. Wohlfahrtsverbände seien heute auf dem Weg zu Sozialkonzernen; Krankenkassen verstünden sich längst als Unternehmen am Versicherungsmarkt; und auch in Krankenhäusern, Schulen oder Einrichtungen der Jugendhilfe dominierten immer mehr die Maximen der marktorientierten Betriebswirtschaft.

Es gebe insgesamt noch zu wenig Wissen darüber, welche Folgen die Ausbreitung solcher betriebswirtschaftlicher Standards in sozialen Organisationen und bei Akteuren in der Praxis habe. „Stärker noch als Ausgabenbegrenzungen und Privatisierungen ist es dieser infrastrukturelle Wandel, der dem Sozialstaat ein neues Gesicht gegeben hat – und nur wenige befassen sich mit den Folgen dieses Prozesses“, kritisierte der Sozialforscher.

Theodor Körner Fonds 2012

Gefördert werden...

... wissenschaftliche Arbeiten aus den Bereichen Geistes- und Kulturwissenschaften, Medizin, Naturwissenschaften und Technik, Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

... künstlerische Arbeiten aus den Bereichen Bildende Kunst und Kunstfotografie, Literatur, Musik (Komposition)

... WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen bis 40 Jahre (Ausnahmen: AbsolventInnen des zweiten Bildungsweges sowie BewerberInnen aus dem Bereich der nicht akademischen Forschung)

Der Förderungspreis wird für „work in progress“ vergeben, das heißt, die eingereichte Arbeit darf noch nicht fertig gestellt sein, muss aber innerhalb der im Antrag vorgesehenen Frist abge-

schlossen werden. Ausschlaggebend ist ihre allgemeine wissenschaftliche bzw. künstlerische Qualität. Zwei Drittel des Preisgeldes werden zum Verleihtermin und ein Drittel bei nachgewiesener Fertigstellung des Projekts bezahlt.

Die eingereichten Projekte beurteilt ein unabhängiger wissenschaftlicher Beirat, der sich aus ExpertInnen aus Wissenschaft und Kunst zusammensetzt. Aufgrund der Empfehlungen des Beirates legt das Kuratorium den Kreis der PreisträgerInnen fest. Die Höhe der Preise richtet sich nach den vorhandenen Geldmitteln und der Anzahl der eingereichten förderungswürdigen Arbeiten.

*Einreichungen bis 30. November 2011 bei:
AK Wien – Theodor Körner Fonds
Prinz Eugen Straße 20-22, 1040 Wien
E-Mail: koernerfonds@akwien.at
Tel: 01 501 65 2393*

Oberflächlich betrachtet ginge es bei diesem Wandel um Kostenkontrolle und Kundenorientierung, sagte Bode. Wenn aber die Betriebswirtschaft die zentralen Impulse setze und beispielsweise kurzfristigen Unternehmenserfolg zum eigentlichen Credo mache, könne dies für die Leistungen des Sozialstaats als Ganzem nicht folgenlos bleiben. Eine am Markterfolg orientierte, betriebswirtschaftlich geführte Organisation werde beispielsweise immer geneigt sein, ihre Energien auf die Erzielung von Überschüssen zu konzentrieren oder unter Bedrängnis auf Schmalspurversorgung umzuschalten. Die eigentliche, gesetzlich definierte Aufgabe sozialer, gesundheitsbezogener oder arbeitsmarktpolitischer Institutionen – nämlich die Bewältigung zählbarer sozialer Probleme, die Umsetzung basaler gesellschaftlicher Werte und die Sicherstellung einer flächendeckenden, qualitativ

hochwertigen Versorgung – gerate dabei leicht aus dem Blick.

Nicht zuletzt drohten dabei auch die demokratischen Grundlagen des Sozialstaats verloren zu gehen. Denn wenn etwa Bildungsträger oder soziale Einrichtungen ihre Adressaten nur noch als Kunden und sich selbst als Marktdienstleister betrachteten, ginge das Bewusstsein darüber verloren, wem solche Einrichtungen letztlich Rechenschaft schuldig sind – nämlich einem demokratischen Gemeinwesen, das den Einrichtungen des Sozialstaats gesellschaftspolitische Aufgaben erteilt und die Aufgabenerfüllung dabei stets unter Kontrolle behält.

Quelle: Pressemitteilung der Universität Kassel (Guido Rijkhoek), 06.10.2011

Kampf gegen häusliche Gewalt muss weitergeführt werden

Das Parlament würdigte in einer Veranstaltung die Erfolge von 15 Jahren Gewaltschutzarbeit.

Um einen profunden Überblick über die Entstehung des Gewaltschutzgesetzes und die Gewaltschutzarbeit der letzten 15 Jahre zu ermöglichen, luden Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und die Frauensprecherinnen der Fraktionen am 19. September zu einer Veranstaltung ins Hohe Haus. Die ReferentInnen kamen dabei nicht nur auf die Entwicklung diesbezüglicher Qualitätsstandards, sondern auch auf die zukünftigen Aufgaben und Herausforderungen für erfolgreiche Gewaltschutzarbeit zu sprechen. Durch das Programm führte *Jochen Bendele* (Kleine Zeitung).

Prammer: Gewaltschutz als persönliches Anliegen

Nationalratspräsidentin *Barbara Prammer* zeigte sich über das große Interesse an der Veranstaltung erfreut und merkte an, das Thema Gewaltschutz durchziehe ihre gesamte politische Tätigkeit wie ein roter Faden: Als Vorsitzende des Linzer Frauenhauses sei sie schließlich schon vor Verabschiedung des Gewalt-

schutzgesetzes mit der Frage konfrontiert gewesen, warum das Opfer und nicht der Täter die Wohnung verlassen müsse, wenn es zu Gewalt im häuslichen Bereich gekommen ist. Vor 15 Jahren habe man diesen unhaltbaren Zustand schließlich durch das Gewaltschutzgesetz grundlegend verändert. Dass es auf Schiene gebracht werden konnte, wäre dabei nicht zuletzt auf die Initiativen der ehemaligen Frauenministerinnen Johanna Dohnal und Helga Konrad zurückzuführen gewesen. In Kraft getreten sei es schließlich in ihrer eigenen Amtszeit als Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Konsumentenschutz, erinnerte Prammer. Seitdem wären zahlreiche Staaten dem Beispiel Österreichs gefolgt und hätten ebenfalls Instrumente zur Wegweisung von Tätern und zum Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt implementiert.

Dass sich seit Beschlussfassung des Gewaltschutzgesetzes 1996 Vieles bewegt habe, sei vor allem auch auf die wertvolle Arbeit der Interventions- bzw. Gewaltschutzstellen zurückzuführen, steht für die Nationalratspräsidentin fest: Die Kooperation von Polizei und Justiz mit Beratungsstellen habe sich dabei als wirksames "Geheimrezept" erwiesen. Persönlich hoffe sie, dass Gewalt im öffentlichen Bereich abnehme, der soziale Nahbereich der Opfer nicht über Anzeichen häuslicher Gewalt hinwegsehe und die betroffenen Frauen den Mut aufbringen, sich zu wehren.

Heinisch-Hosek: Gewalt hat viele Gesichter

Gewalt hat viele Gesichter, meinte Frauenministerin *Gabriele Heinisch-Hosek*: Die Palette reiche dabei von sexueller Belästigung und Nötigung über Stalking bis hin zu verbaler und körperlicher Gewalt. Um Opfer vor derartigen Attacken zu schützen, habe Österreich vor 15 Jahren das Gewaltschutzgesetz verabschiedet und damit einen wichtigen Standard gesetzt. Gewalt im sozialen Nahbereich fielen schließlich mehr Frauen zwischen 16 und 45 Jahren zum Opfer als Kriegen und Terrorismus, stellte Heinisch-Hosek fest. Es gelte deshalb auch über Macht und Verteilungsgerechtigkeit zu sprechen und sicherzustellen, dass sich Frauen aus ihrer ökonomischen Abhängigkeit lösen können: Schließlich sei ein Ausbruch aus Gewaltverhältnissen eher möglich, wenn man über ein eigenes Einkommen verfügt.

Seit Beschlussfassung des Gewaltschutzgesetzes sei viel passiert: So hat sich etwa die Zahl jener Opfer, die Beratungsangebote in Anspruch nehmen, verdreifacht. Das zeige, dass die bestehenden Instrumente gut genutzt werden, meinte die Frauenministerin. Sie kündigte an, in Kooperation mit der Innenministerin eine Interventionsstelle für Betroffene von Zwangsverheiratungen ins Leben rufen zu wollen: Mit diesem Problem habe man es schließlich zunehmend häufiger zu tun. Außerdem sei von Seiten ihres Ministeriums eine Studie in Auftrag gegeben worden, die sich der Gruppe der Hoch-Risiko-Opfer annimmt. Den im Opferschutz Tätigen sicherte Heinisch-Hosek die Erhöhung des Budgets für Interventionsstellen um 3,5 Prozent für das Jahr 2012 zu.

Mikl-Leitner: Familiäre Gewalt ist heute nicht mehr Privatsache

Innenministerin *Johanna Mikl-Leitner* zeigte sich erfreut darüber, dass das Jubiläum an jenem Ort begangen werden konnte, an dem das Gewaltschutzgesetz vor 15 Jahren beschlossen worden war. Dass zu dieser Veranstaltung auch zahlreiche Männer erschienen sind, wertete sie als ein "besonders positives Zeichen". Obgleich sich vieles verändert habe, würden Frauen und Kinder aber leider immer noch häufig Opfer häuslicher Gewalt. Betroffene zu unterstützen sei angesichts ihrer Angst und Scham auch nicht immer einfach, doch gelte es "die Herzen nicht zu verschließen" und entsprechende Verbesserungen herbeizuführen.

Dass Gewalt heute nicht mehr als Privatsache, sondern als Angelegenheit der Öffentlichkeit – und insbesondere der Exekutive – wahrgenommen werde,

führte die Innenministerin auf ein Umdenken zurück, das vor 15 Jahren mit dem Gewaltschutzgesetz manifest geworden war. Die Implementierung des Wegweiserechts, die Möglichkeit der Verhängung eines Betretungsverbots und die Kooperation von Polizei und Gewaltschutzzentren hätten wesentlich zur Verbesserung der Situation der Betroffenen beigetragen. Dass diese Instrumente zunehmend häufiger in Anspruch genommen werden, sieht sie als Bestätigung für das Greifen der entsprechenden Sensibilisierungsmaßnahmen. Die Unterstützung frauenbezogener Anliegen mahnte Mikl-Leitner aber auch vom kommunalen Sektor ein.

Pilnacek: Legistische Maßnahmen können die gesellschaftliche Praxis beeinflussen

Für *Christian Pilnacek* vom Justizministerium, der in Vertretung von Ministerin Beatrix Karl gekommen war, zeigt das Gewaltschutzgesetz in erster Linie, wie legistische Maßnahmen die Praxis beeinflussen können: Schließlich sei es durch das Engagement aller Beteiligten nicht nur Papier geblieben, sondern zum Leben erweckt worden. Man habe damit erreicht, Gewalt aus dem privaten Bereich herauszuholen, sie sichtbar zu machen und ein neues Verständnis vom Einschreiten der Exekutive zu implementieren.

Durch die beständige Beobachtung der Praxis sei außerdem eine stetige Verbesserung und Ausweitung der Standards gelungen. Damit habe der Gedanke des Gewaltschutzes schließlich auch das Strafrecht erreicht, konstatierte Pilnacek. Mit dem Thema der Veranstaltung werde man sich aber sicherlich auch in Zukunft eingehend zu beschäftigen haben.

Erfolge und Desiderate im Bereich Gewaltschutzarbeit

Albin Dearing von der European Union Agency for Fundamental Rights meinte, eine Zusammenkunft wie diese biete nicht nur die Möglichkeit, seinem Stolz über das Erreichte Ausdruck zu verleihen, sondern auch Gelegenheit, auf die Entwicklungsphasen des Gesetzes zurückzublicken. Schließlich hätte das österreichische Sicherheitspolizeigesetz lange Zeit über keine Bestimmungen betreffend Wegweisung und Betretungsverbot für Täter verfügt. Die diesbezüglichen Instrumente mussten deshalb erst formuliert werden. Seitdem sei vieles, wenngleich auch nicht alles, im Bereich des Gewaltschutzes gelungen: Ein unerfülltes Desiderat bleibe die verstärkte Umsetzung von Projekten zum Schutz von Kindern vor Gewalt.

Auch *Rosa Logar* von der Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie kam auf die bisherigen Entwicklungen und noch bestehende Lücken im Bereich der Gewaltschutzarbeit zu sprechen. Sie zeigte sich davon überzeugt, dass das Gewaltschutzgesetz zu einem der "wichtigsten Exportartikel Österreichs" zähle. Kritisch äußerte sich die Mitbegründerin des Konzepts der Interventionsstellen zum mangelhaften Unterstützungsangebot für Kinder und Jugendliche, die im sozialen Nahbereich Gewalt erfahren haben: Hier gelte es entsprechende Schritte zu setzen und auch (den für Wirtschaft, Familie und Jugend zuständigen) Minister Reinhold Mitterlehner "ins Boot zu holen". Angesichts der Tatsache, dass die finanzielle Absicherung für das einzige Anti-Gewalt-Training, das internationalen Standards entspreche, nicht mehr gewährleistet sei, gelte ihre Besorgnis aber auch den Tätern, stellte Logar fest. Augenmerk müsse man zudem der Gruppe der besonders gefährdeten Opfer, zu denen auch Migrantinnen zählten, schenken.

Gemeinsame Ziele und Vertrauen als Basis erfolgreicher Kooperation

Erfolge der koordinierten Interventionspraxis gegen Gewalt standen im Zentrum des zweiten Veranstaltungsblocks, in dessen Rahmen ExpertInnen aus den Bereichen NGOs, Exekutive und Justiz zu Wort kamen. Erst durch das Zusammenwirken dieser drei Bereiche konnte das Gewaltschutzgesetz erfolgreich umgesetzt werden, so der Tenor der Vorträge.

Marina Sorgo vom Gewaltschutzzentrum Steiermark führte aus, dass die Kooperation staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen seit Mitte der 1990er Jahre wesentliche Fortschritte im Schutz vor Gewalt im sozialen Nahbereich gebracht habe. Gewalt gegen Frauen habe früher als ein "typisches Frauenthema" gegolten und auch von Seiten der Frauenhäuser sei die "Einmischung" von männlich dominierten staatlichen Institutionen nicht erwünscht gewesen. Das Gewaltschutzgesetz habe hier vieles geändert. Es seien gemeinsame Kooperationsziele von staatlichen und nichtstaatlichen Organen gefunden worden, in der Zusammenarbeit sei ein gegenseitiges Vertrauen der in den Institutionen tätigen Personen gewachsen. Problembereiche bestünden Sorgo zufolge weiterhin bei der Einbindung der Strafjustiz. Die nun bestehende Möglichkeit für angehende RichterInnen und StaatsanwältInnen, ein Praktikum in einem Gewaltschutzzentrum zu absolvieren, könne aber dazu beitragen, dass sich auf Seiten der Strafjustiz ein neues Verständnis für die Probleme des Gewaltschutzes im sozialen Nahbereich herausbilde. Der Austausch zwi-

schen Gewaltschutzzentren und den Jugendwohlfahrtsbehörden sei ebenfalls nicht zufriedenstellend, monierte Sorgo. Das liege daran, dass bei Gewalt gegen Kinder das Gewaltschutzgesetz keine Anwendung finde.

Rudolf Keplinger vom Landeskriminalamt Oberösterreich erinnerte daran, dass vor dem Gewaltschutzgesetz die Situation bei Fällen häuslicher Gewalt sehr unbefriedigend war. Damals waren es stets die Opfer von Gewalt, die das vertraute häusliche Umfeld verlassen mussten. Die Anwendbarkeit von Wegweisung und Betretungsverboten sei von der Exekutive erst mit Skepsis betrachtet worden. Es seien schließlich Organbefugnisse, die Präventivmaßnahmen darstellten, die auf einer von den PolizistInnen vorzunehmenden Prognose über das bestehende Gefährdungspotenzial basierten und die weit in das Privatleben eingreifen. Unterdessen würden diese Instrumente aber als reguläre Mittel polizeilicher Arbeit akzeptiert. Seit seiner Einführung sei 65.000 Mal ein Betretungsverbot ausgesprochen worden. Wie viel an Gewalt dadurch verhindert worden sei, lasse sich zwar nicht quantifizieren, das Gesetz stelle aber sicher eine qualitative Verbesserung dar. Das bedeute aber nicht, dass keine weiteren Verbesserungen möglich seien, so Keplinger.

Franz Mohr von der Abteilung für Exekutions- und Insolvenzrecht des Justizministeriums verwies auf die rechtlichen Grundlagen des Gewaltschutzgesetzes. Die bereits im ABGB vorgesehene Möglichkeit der Justiz, eine einstweilige Verfügung zum Schutz einer gefährdeten Partei auszusprechen, habe vor 1975 kaum jemals Anwendung gefunden. Erst damals habe man begonnen, dieses Instrument auszubauen. Seine Anwendung in der Praxis habe sich aber als schwierig erwiesen, es sei der Justiz nicht möglich gewesen, eine einstweilige Verfügung rasch genug umzusetzen, um wirksam gegen häusliche Gewalt vorgehen zu können. Trotz teilweise geäußelter rechtstheoretischer Bedenken sei es, wie die Praxis gezeigt habe, daher eine richtige Entscheidung gewesen, der Exekutive die Möglichkeit der Wegweisung und der Verhängung eines Betretungsverbots zu geben.

Maria Schwarz-Schlöglmann vom Gewaltschutzzentrum Oberösterreich wies auf die umfangreichen und detaillierten Reformvorschläge der Gewaltschutzzentren hin, etwa den Ausbau von Opferschutzeinrichtungen in Krankenhäusern. Handlungsbedarf sah Schwarz-Schlöglmann auch bei Maßnahmen gegen fortgesetzte Gewalthandlungen und beim Schutz der Kinder. Kinder brauchen Prozessbegleitung, wenn sie zu Zeugen in Gewaltprozessen werden, sagte

Schwarz-Schlöglmann und warnte davor, im Zuge der "gemeinsamen Obsorge" ungleiche Machtverhältnisse einzuzementieren. Migrantinnen, deren Aufenthalt in Österreich vom Ehemann abhängt, seien nicht ausreichend geschützt, stellte Schwarz-Schlöglmann weiters fest und verlangte einen stärkeren Schutz der

Privatsphäre von Frauen, die zu Gewaltopfern werden. Außerdem sollte man Menschen, die im Gewaltschutz arbeiten, verstärkt Schulungen anbieten.

Quelle: Parlamentskorrespondenz Nr. 820 vom 19.09.2011

Vom Überleben zum guten Leben

Unbezahlte Arbeit in der Familie und für das Gemeinwesen muss gleich bewertet werden wie Erwerbsarbeit – und gerechter verteilt werden. Eine Verkürzung der Erwerbsarbeit bei vollem Lohnausgleich ist nur ein erster Schritt für die anstehende Gesellschaftstransformation. Diese Position vertraten ReferentInnen der Fachtagung „Wertvolle Arbeit – Vollwert-Arbeit“, die am 4. Oktober im Wiener WUK stattfand.

Die Wiener Politikwissenschaftlerin *Gabriele Michalitsch* verdeutlichte in ihrem Vortrag, wie durch neoliberale Marktmechanismen gesellschaftliche Teilhabe immer mehr durch Erwerbsarbeit bestimmt wird. Gleichsam ermöglichen sie dem Menschen nur mehr ein Überleben – geprägt durch Leistungsdruck, Erfolgszwang und Versagensangst. Ist ein „gutes Leben“ für alle Menschen das Ziel, sind alternative Formen der Arbeitsmarktorganisation gefragt – Formen des Wirtschaftens, die auf menschliche Bedürfnisse ausgerichtet sind, statt auf Gewinnmaximierung für einzelne.

In der abschließenden, von *Renata Schmidtkunz* moderierten Podiumsdiskussion waren sich alle ExpertInnen einig, dass sich insbesondere für ausgrenzungsgefährdete Menschen immer weniger Möglichkeiten bieten, am neoliberal geprägten Arbeitsmarkt der Informationsgesellschaft zu bestehen. Um allen Menschen die gleiche Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe zu bieten, sei eine Gesellschaftstransformation mit einer Neubewertung von Arbeit unumgänglich. Arbeit in der Familie und ehrenamtliche Tätigkeiten müssten gleich anerkannt werden wie Erwerbsarbeit. „Auf dem Weg von der Arbeitsgesellschaft zur Tätigkeitsgesellschaft ist die Umverteilung von Arbeit und Einkommen durch eine Verkürzung der Erwerbs-

arbeitszeit der erste Schritt“, so WUK-Geschäftsleiterin Ute Fragner.

Arbeitsmarktförderung braucht angepasste Strukturen

Was ein neoliberal organisierter, entpolitisierter Arbeitsmarkt für die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik bedeutet, zeigte die Vorarlberger Sozialwissenschaftlerin *Eva Häfele*, die Arbeitsmarktförderung im internationalen Vergleich erforscht, in ihrem Referat auf. In der Podiumsdiskussion entstand daraufhin eine hitzige Debatte über mehr oder weniger Staat oder Privat. Arbeitsmarktpolitische Einrichtungen und Projekte seien auf der einen Seite gezwungen, unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zu agieren. Auf der anderen Seite erschwerten öffentliche Förderstrukturen genau dieses.

WUK-Geschäftsleiterin *Ute Fragner* wies in der anschließenden Podiumsdiskussion darauf hin, dass das immer wiederkehrende Auf- und Abbauen von Projektstrukturen nicht nur einen enormen Know-How-Verlust bedeutet, sondern auch Unsummen an Steuergeldern verschlingt. Um unabhängiger sein zu können, fordert Fragner die Möglichkeit, selbst Einnahmen erwirtschaften zu können, ohne dass die Förderungen im Gegenzug um denselben Betrag reduziert werden. Der Staat könnte zudem lenkend eingreifen, indem er Fördergelder von Projektförderungen hin zu längerfristigen Lohnkostenförderungen verschiebt, schlug Häfele vor.

Die Tagung war Teil des Bildungs- und Beratungstages im Rahmen der WUK 30 Geburtstagswoche. Das rege Interesse sowie die in der Diskussion entstandenen Erkenntnisse und Forderungen zeigen den Organisatoren zufolge die dringende Notwendigkeit einer weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema.

Quelle: WUK Bildung und Beratung: Arbeitszeitverkürzung als erster Schritt für eine Arbeit der Zukunft, Presseinformation vom 06.10.2011

Sozial gerechte Gesundheitsversorgung im Fokus

Gesundheit sollte keine Frage des Geldes sein. Das ist nicht nur eine in unserer Gesellschaft selbstverständliche Feststellung, sondern auch ein Grundprinzip unseres Sozialstaats. Wie kann es trotzdem sein, dass in Deutschland Männer aus dem oberen Einkommensfünftel im Schnitt zehn Jahre länger leben als diejenigen aus dem untersten Einkommensfünftel? Mit der Frage, wie das Gut Gesundheit gerecht verteilt werden kann und welche Faktoren dabei neben der Gesundheitsversorgung noch eine Rolle spielen, beschäftigt sich Stefan Huster vom Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Sozialrecht an der Ruhr-Universität Bochum in seiner neuen Publikation mit dem Titel „Soziale Gesundheitsgerechtigkeit - Sparen, umverteilen, vorsorgen?“

„Mit der Frage nach einem gerechten Gesundheitssystem geht das Problem der Verteilung der knappen Leistungen einher“, erklärt Huster sein Erkenntnisinteresse. „In welchem Verfahren und nach welchen Maßstäben soll über die Verteilung medizinischer Ressourcen entschieden werden?“, fragt er. In seinem Buch diskutiert Stefan Huster verschiedene Priorisierungs- und Rationierungskriterien. Die Priorisierung ist eine Rangfolge, auf der, nach festgelegten Kriterien, die ärztlichen Leistungen angeordnet sind. Die Prüfsteine könnten z.B. medizinische Dringlichkeit, Nutzen einer Maßnahme oder ihr Kosten-Nutzen-Verhältnis sein. „Dann muss das Gemeinwesen überlegen, ob das Geld für die medizinische Versorgung für alle Leistungen reicht oder ob die Maßnahmen, die unten auf der Liste stehen, rationiert werden müssen. Priorisierungskriterien sind dann auch Rationierungskriterien“, so Huster.

Neben diesen Überlegungen regt der Sozialjurist dazu an, Gesundheitspolitik weiter zu denken. Die große Differenz bei der Lebenserwartung in Deutschland ist kein Missstand, der ausschließlich durch ungleiche medizinische Versorgung bedingt ist. Auch Faktoren wie Bildung, Lebensumfeld, Arbeits- und Umweltbedingungen haben Einfluss auf die Gesundheit der Menschen. Die Public-Health-Politik bezieht alle Politikbereiche in die Debatte um eine gerechte Verteilung von Gesundheit mit ein und stellt deshalb für Huster die Zukunft der Gesundheitspolitik dar.

*Stefan Huster: Soziale Gesundheitsgerechtigkeit
Sparen, umverteilen, vorsorgen?
Verlag Klaus Wagenbach
Berlin 2011, EUR 15,30*

Hochschulprivatisierung und akademische Freiheit

In der Studie „Hochschulprivatisierung und akademische Freiheit“ werden Privatisierungstendenzen im Hochschulwesen untersucht. Das geschieht in einem internationalen Vergleich mit empirischen Daten. Gegenübergestellt werden öffentliche, private gemeinnützige und gewinnorientierte Hochschulen, ihre Strukturen und Leistungen. Es zeigt sich, dass die Verteidiger der akademischen Freiheit erfolgreicher sind als die Anwälte neoliberaler Reformen.

Neoliberale Reformer wollen den Staat im Hochschulwesen zurückdrängen. Lehrende und Lernende sollen zu Marktteilnehmern werden, die Fachschulung als Dienstleistung handeln. Der Staat kann sich aus dem Hochschulwesen aber auch zurückziehen, ohne marktwirtschaftlichen Zwängen Raum zu geben. Denn wenn die bürgerrechtliche Ordnung an Wirksamkeit gewinnt, wird die Bildung eines jeden zum Interesse aller. Das gemeinsame gesellschaftliche Bildungsinteresse kann dann an Stelle der Staatsmacht zur Grundlage der Hochschulen werden. An der Stelle staatlicher Regelungen setzen sich dann professionskulturelle durch, die den Studenten die Erfahrung unabhängigen wissenschaftlichen Denkens gestatten. Ob sich marktwirtschaftliche oder professionskulturelle Regelungen in den Hochschulen durchsetzen, ist Thema dieser vergleichenden Studie. Sie betrifft das Hochschulwesen in Deutschland, USA, Rumänien und Chile. Gegenübergestellt werden öffentliche und private gemeinnützige und gewinnorientierte Hochschulen, ihre Strukturen und Leistungen.

Genauer eingegangen wird dabei auf öffentliche Hochschulen und den Rückzug des Staates in Deutschland, auf den Bologna-Prozess im europäischen sowie spezifisch im deutschen Rahmen sowie auf die Exzellenzinitiative. Relativ detailliert beleuchtet werden auch Hochschulen und gesellschaftliche Bildungsinteressen in den USA, insbesondere die Stellung der Lehrenden im Kontext der Einheit und Freiheit von Lehre und Forschung wie auch die Lage der Studierenden.

*Enrique Fernández Darraz, Gero Lenhardt, Robert D. Reisz, Manfred Stock:
Hochschulprivatisierung und akademische Freiheit
Jenseits von Markt und Staat: Hochschulen in der
Weltgesellschaft
transcript Verlag, Reihe Science Studies
Bielefeld 2010, 200 Seiten, EUR 25,50*

Alter und Migration – gemeinsam Zukunft gestalten

Viele Arbeitsmigranten, die vor etwa 40 Jahren zu uns kamen, sind nun hier alt geworden. Was bedeutet das für die soziale, gesundheitliche und pflegerische Situation und für die Dienstleistungsanbieter? Die 8. Rheintaler Al-terstagung will aus Wissenschaft und Praxis entsprechende Antworten liefern.

Termin und Ort: 10. November 2011, 9.00 – 18.00 Uhr; Schützengartenstraße 8, 6890 Lustenau
Information: www.ifs.at/veranstaltung101111.html

Zur Bedeutung von Sprache und Mehrsprachigkeit

Die Frage nach der Bedeutung von Sprache und Mehrsprachigkeit wird beim von der Initiative Minderheiten in Kooperation mit der AK Wien veranstalteten Symposium unter zwei Gesichtspunkten gestellt: Einerseits soll das Problem, wie es sich „richtig“ über Minderheiten und MigrantInnen sprechen lässt, behandelt werden. Andererseits wird die Frage nach „Mehrsprachigkeit“ – Ressource oder aufgeladene Symbolik? – erörtert.

Termin: 10. – 11. November 2011
Ort: Bildungszentrum der Arbeiterkammer Wien, Theresianumgasse 16-18, 1040 Wien
Information: www.initiative.minderheiten.at/

Interpädagogica 2011

Auf der Bildungsfachmesse sind Aussteller der Branche für Lehr-, Lern- und Arbeitsmittel, IT, Schulausstattung, Bildungstourismus, Kindergärten sowie Fitness- und Sportanlagen vertreten. Dazu wird ein Fachprogramm mit rund 150 Vorträgen und Workshops angeboten.

Termin und Ort: 10. – 12. November 2011; Messe Wien
Information: www.interpaedagogica.at/

Gleichbehandlung an der Universität

Workshop im Rahmen der Reihe „Universitätspersonalrechtliche Gespräche“ unter der wissenschaftlichen Leitung von Günther Löschnigg, Professor für Arbeitsrecht an der Universität Graz.

Termin: 17. November 2011, 10.00 – 16.00 Uhr
Ort: JKU Linz, Unicenter 1. Stock, Altenberger Straße 69, 4040 Linz
Anmeldung: sandra.habacher@jku.at oder bettina.dastel@jku.at

Neue Arbeitsmarktchancen für ausgrenzungsgefährdete Jugendliche

Die von Andrea Egger-Subotitsch (abif) moderierte Tagung widmet sich unter anderem den Erfolgsfaktoren bei der Arbeitsmarktintegration jugendlicher Problemgruppen sowie der Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche im Rahmen überbetrieblicher Lehrausbildung und von Produktionsschulen.

Termin und Ort: 18. November 2011, 9.00 – 13.00 Uhr; Kardinal König Haus, 1130 Wien

UN-Behindertenrechtskonvention: Umsetzung in Österreich

Bei der ÖKSA-Jahrestagung 2011 stellen Betroffene, Verantwortliche und ExpertInnen die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention in Österreich aus ihrer Perspektive dar. Zu Wort kommen auch Vertreter aus den Nachbarstaaten, welche die österreichische Diskussion aufmerksam verfolgen.

Termin: 23. November 2011, 9.00 – 16.00 Uhr
Ort: Hofburg Wien, Eingang Redoutensäule am Josefsplatz, 1014 Wien
Anmeldung: office@oeksa.at

KONTRASTE

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.
Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:
Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Johannes
Kepler Universität Linz (JKU), Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:
10 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:
KONTRASTE: Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz
Tel.: 0732/2468-7168
Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at
Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste
Aboservice, Sekretariat: Irene Auinger, Tel.: 0732/2468-7161
Fax DW 7172 Mail: irene.auinger@jku.at

Redaktionsteam:
Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine
Stelzer-Orthofer, Dr. Bettina Leibetseder,
Dr. Susanna Rothmayer, Dr. Angela
Wegscheider

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte,
die Redaktion behält sich jedoch das Recht
auf Kürzung und Entscheidung über die Veröf-
fentlichung vor. Redaktionsschluss ist jeweils
der 20. des Vormonats. Namentlich gekenn-
zeichnete Beiträge können, müssen aber nicht
die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:
Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer
Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss
a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster
Dr. Brigitte Kepplinger

Lektorat; Satz:
Mag. Hansjörg Seckauer

Grafisches Konzept:
Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und
Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;
StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;
Gratis Probeabo für drei Monate
Alle Preise inklusive Versand. Einzelheft EUR 5,45 exkl. Versand.
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

Bankverbindung:
Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453